



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Schwerpunktthema:

Fake News – Populismus und Medien

ab Seite 3

Extremismus

Die Debatte um Rechtsextremismus, den polizeilichen Umgang damit und fremdenfeindliche Gesinnungen innerhalb der Polizei sowie Ermittlungsfehler beim „NSU“ reißt nicht ab.

Seite 14

Pleiten und Pannen

Straßen müssen erneuert und ausgebaut, Schulen und Universitäten müssen saniert werden. Schwache Regionen leiden unter Abwanderung. Fehlplanungen häufen sich.

Seite 15

Migration

Die humane Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft und die Wahrung des sozialen Friedens ist für die Gesellschaft die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre.

Seite 18

Blick über den See

Inhalt

SCHWERPUNKT POPULISMUS UND MEDIEN

- 3** Fake News und Populismus
- 6** Populismus bei den Nachbarn
- 8** Die Verrohung der Republik

MEDIEN

- 11** It's the digitalization, stupid!

INNENPOLITIK

- 14** Polizei und Rechtsextremismus

WIRTSCHAFT

- 15** Pleiten, Pech und Pannen

SOZIALPOLITIK

- 18** Sozialer Friede in der Einwanderungsgesellschaft

ETHIK

- 19** Neuauflagen des Tutzinger Diskurses – zwei Zwischenberichte

POLITISCHE THEORIE

- 21** Philosophie vor Ort in Kampanien

ZEITGESCHICHTE

- 22** Heldentod – der Tunnel und die Lüge
- 23** Ambivalentes Verhältnis

AKADEMIE INTERN

- 10** Personalverzeichnis
- 24** Verfassungsmedaille für Ursula Münch
- 24** Kooperationsvertrag unterzeichnet
- 24** Impressum
- 25** Neuerscheinungen
- 26** Jahresbibliografien 2017
- 30** Termine
- 32** Namen – Nachrichten



Womöglich teilen Sie die Wahrnehmung, dass früher nicht nur „mehr Lametta“ (Loriot), sondern auch mehr Politik war. Heute scheinen dagegen die Gefühle, die Moral und das Besserswissen zu dominieren. Dieser Umstand zeichnet keineswegs nur rechtspopulistische Diskurse aus, sondern lässt sich bei deren Gegnern genauso beobachten.

Warum und wohin ist die Politik verschwunden? Auf vielen Feldern wurde die politische Auseinandersetzung um geeignete Lösungen durch die Frage nach der Rentabilität und dem Kosten-Nutzen-Faktor sowie einen Verweis auf die Alternativlosigkeit der ökonomisch besten Lösung ersetzt. Wenn aber ökonomisches Denken in Lebensbereiche hineinwirkt, in die es nicht hineingehört, dann verliert eine andere Kategorie an Bedeutung: das Vertrauen.

Zeitgleich zur Entpolitisierung politischer Entscheidungsprozesse durch die Dominanz ökonomischen Denkens sowie den bequemen Verweis auf die angebliche europarechtliche Alternativlosigkeit einer bestimmten Lösung beobachten wir noch ein anderes Phänomen: Die Entpolitisierung der Diskurse durch ihre moralische Überhöhung und die Beschränkung auf ein bloßes Meinen. Politiker, Journalisten und Wissenschaftler sollten dem momentanen Herrschaftsanspruch dieses Meinens nach dem Motto „Es kann doch nicht sein, dass ...“ entgegentreten. Politikerinnen und Politiker müssen wieder mit inhaltlichen Argumenten über die Vor- und Nachteile politischer Programme streiten und sollten sich nicht darauf beschränken, moralische Urteile auszusprechen. Schließlich bilden das inhaltliche Argumentieren und das darin zum Ausdruck kommende Übernehmen von politischer Führung die ureigene Aufgabe gewählter Politiker in einer repräsentativen Demokratie.

Sie sehen: Wer will, findet genügend Ansatzpunkte, um die notwendige Unterstützung unserer repräsentativen Demokratie auf allen politischen Ebenen wieder zu erhöhen. Die Akademie für Politische Bildung wird auch im Jahr 2018 ihren Beitrag dazu leisten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Fake News und Populismus

Populismus und Massenmedien haben ein enges Verhältnis: Personalisierung, Reduktion von Komplexität, Dramatisierung und Emotionalisierung sind typische Elemente moderner Massenkommunikation wie auch des Populismus.



© GERALT / PIXABAY

DIESES VERHÄLTNIS hat sich durch die Ergänzung der klassischen, analogen Medienlandschaft durch digitale Online-Medien wie soziale Plattformen (Twitter, Facebook, Instagram oder Youtube) dramatisch verändert und verschärft. Experten aus Wissenschaft, Politik und Journalismus erörtern die Konsequenzen dieser Entwicklung für die politische Kommunikation und Kultur einer freien Gesellschaft.*

Ambivalente Grundstimmung

Michael Schröder eröffnete die Tagung mit einer Analyse der Bundestagswahl vom September 2017 und nutzte dafür Daten von infratest dimap. Er machte klar, dass es im Wahlkampf eine „ambivalente Grundstimmung“ gab: Zum einen beurteilten 84 Prozent der Wähler die wirtschaftliche Entwicklung mit gut oder sehr gut. Das Thema Arbeitslosigkeit war nur noch für wenige von großer Bedeutung. Für Regierungsparteien ist dies eigentlich eine gute Voraussetzung für eine Wiederwahl. Gleichzeitig wurde aber das Thema „Flüchtlinge und Zuwanderung“ seit 2013 konstant zu einem Dauerbrenner. Für knapp die Hälfte (47 Prozent) war dies im Wahlkampf das überragende Thema. Die Unions-Strategie, die am Ende auf ein „Weiter so“ hinauslief, verfiel nicht. Denn 90 Prozent der Befragten sagten vor der Wahl, dass abgelehnte Asylbewerber schneller und konsequenter abgeschoben werden sollten.

Auf der anderen Seite konnte die SPD nicht mit ihrem Thema „Soziale Gerechtigkeit“ punkten, weil der Problemdruck bei einer Mehrheit

offenbar nicht sehr ausgeprägt war. Außerdem hatte sie als Mit-Regierungspartei der vergangenen vier Jahre mit einer „Glaubwürdigkeitslücke“ zu kämpfen.

Protestpotential

30 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland sind einer Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Sommer 2017 zufolge populistisch eingestellt. Populismus wendet sich gegen Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien und pluralistische Werte. Die Stoßrichtung ist anti-europäisch und nationalistisch. Führer populistischer Bewegungen gehen von einem einheitlichen Volkswillen aus, der am besten in einer direkten Demokratie zum Ausdruck kommt.

Zum ersten Mal seit den 1950er-Jahren sitzt eine rechtsradikale Partei mit extremistischen Zügen im Bundestag. Der Rechtspopulismus habe sich in der deutschen Parteienlandschaft fest etabliert. Im euro-



Eine Mehrheit der AfD-Wähler hat die Partei nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest gewählt.

© infratest dimap

* Tagung in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und der Europäischen Akademie Bayern

päischen Vergleich könne man das zwar Normalisierung nennen, sei aber kein Anlass zur Beruhigung. Eine Mehrheit der AfD-Wähler habe die Partei nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest gewählt. Wenn aber aus dem Protestpotential feste Überzeugungen werden und die AfD charismatisches und weniger zweifelhaftes Personal präsentiere, dann habe Deutschland ein Problem.

Filterblasen und Echokammern

Unter „Fake News“ versteht Schröder keine journalistischen Fehlleistungen, wie sie leider immer wieder und häufiger unter den schwerer werdenden Bedingungen des professionellen Journalismus vorkommen (Zeitdruck, Arbeitsverdichtung, ökonomische Zwänge). Er versteht darunter vielmehr gezielte Desinformationskampagnen im Sinn von Propaganda mit dem Ziel strategischer Beeinflussung. Die Veränderung

der Medienlandschaft begünstige das Entstehen von Fake News und „alternativen Fakten“. Die Kosten für die Verbreitung von Meinungen in sogenannten sozialen Medien und Blogs sind gering. Politiker wenden sich über ihre Twitter-Kanäle direkt ans Volk und umgehen damit die Qualitätsfilter etablierter Medien, die als „Lügenpresse“ und Verbreiter von „Fake News“ diffamiert werden. Soziale Netzwerke mit ihren personalisierten Nachrichten würden dazu erziehen, „unpassende“ zur eigenen Überzeugung quer stehende Meinungen auszublenden. So entstünden Filterblasen und Echokammern, die einen Diskurs verhindern. Informationen, die das eigene Weltbild ins Wanken bringen könnten, würden von diesen Leuten gar nicht mehr wahrgenommen, sagte Schröder.

Der Münchner Kommunikationswissenschaftler Carsten Reinemann setzte sich mit dem Vorwurf auseinander, die Medienberichterstattung habe die



Collage aus BILD-Schlagzeilen
© www.uebermedien.de

AfD erst groß gemacht, weil über sie zu (un)kritisch, zu viel und zu konzentriert auf das Thema „Flüchtlinge und Zuwanderung“ berichtet wurde. Angesichts der noch jungen und laufenden Forschung zu diesem Thema formulierte er seine Erkenntnisse vorsichtig-zurückhaltend: Die bislang vorliegenden Ergebnisse würden nahelegen, dass die vermuteten Medieneffekte auf den Wahlerfolg der AfD wahrscheinlich sind. Erste Analysen der Medienberichterstattung ergeben, dass sie eine günstige Gelegenheitsstruktur für die AfD gefördert hat. Reinemann sieht aber den Umfang der Berichte als gerechtfertigt an. Er kritisierte aber die Art der Berichte, insbesondere die thematische Fokussierung und Verknüpfung von Flucht und Verbrechen in Boulevardmedien. Dies veranschaulicht ein Zusammenschnitt von Schlagzeilen der BILD-Zeitung (siehe S. 4).



Carsten Reinemann sieht den Umfang der Berichte über die AfD als gerechtfertigt an.

Der Medienforscher vermutet, dass soziale Netzwerke als Katalysatoren dieser Verknüpfung eine Rolle spielen: sowohl durch selektive Weiterverbreitung professioneller Medien als auch durch eigene Inhalte der AfD. Reinemann sieht durchaus eine Mitverantwortung der Journalisten für den AfD-Erfolg. Allerdings sei dies eine schwer vermeidbare Nebenerscheinung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe, nämlich zu informieren und zu kontrollieren.

Roboter im Wahlkampf

Der Journalist Peter Welcherling, der viel für den Deutschlandfunk und ARD-Sender über elektronische Begleiterscheinungen des Journalismus berichtet, ergänzte: „Journalisten müssen nicht über jedes Stöckchen springen, dass die AfD den Medien hinhält.“ So würde ihr zu noch mehr Aufmerksamkeit verholfen.

Welcherling sprach über Social Bots – leicht zu programmierende und inzwischen sehr billige Computerprogramme, die automatisiert kommunizieren können – und so Themen und Personen wichtiger werden lassen als sie sind. „Verbreiten diese Bots nun Falschmeldungen, untergraben sie damit das Vertrauen in politische Institutionen“, erläuterte Welcherling. Einen ersten Anhaltspunkt über die Dimension im Bundestagswahlkampf liefern Analysen des Oxford Internet Institute von einer Million Tweets vom 1. bis zum 10. September 2017: Ungefähr ein Viertel war politisch neutral, 46 Prozent arbeiteten der AfD zu, 13 Prozent der Union und die restlichen 14

Prozent den anderen Parteien. Lösungsansätze sieht Welcherling in besserer journalistischer Aus- und Weiterbildung, damit die in ihrer Wächter- und Kontrollfunktion wieder gestärkt werden, statt sich auf einfachere Themen zurückzuziehen.

Sexismus im Netz

Vom Einsatz von Robotern im Wahlkampf sind die stellvertretende Landesvorsitzende der BayernSPD Marietta Eder und die Münchner CSU-Landtagsabgeordnete Mechthilde Wittmann weit entfernt. Während Eder die modernen Kommunikationsmöglichkeiten versucht auszureizen – und sich dabei im Netz mit Kampagnen, Diffamierungen und Sexismus auseinandersetzen muss – ist Wittmann ein Beispiel dafür, dass es auch offline funktionieren kann. Sie trennt berufliches und privates strikt, lässt ihren Facebook-Account von ihren Mitarbeitern pflegen und setzt voll auf die Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Wittmann sagt: „Entscheidend ist, was ich im Landtag getan habe, nicht die acht Wochen vor der Wahl und nicht, was online passiert.“



Marietta Eder (links) und Mechthilde Wittmann: Unterschiedliche Erfahrungen mit Online-Medien im Wahlkampf

© Meyer / Haas (APB)

Der Münchner Soziologe Werner Fröhlich präsentierte Ergebnisse einer Forschungsgruppe, die die Verbreitung „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern“ untersucht hatte. Die repräsentative Untersuchung (über 1700 Befragte) aus dem Jahr 2016 kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere Muslime, Sinti und Roma, Geflüchtete und Langzeitarbeitslose von Abwertungen betroffen sind. Eine starke Identifikation mit Deutschland und ein geringes Institutionenvertrauen begünstigen solche Feindseligkeiten. Eine höhere Bildung reduziert sie eher. Frauen würden die entsprechenden Gruppen in geringerem Maße abwerten als Männer. Solche abwertenden Einstellungen seien kein Phänomen einer bestimmten Gruppe der Gesellschaft, sagte Fröhlich.

Sinkende Reichweite

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssten zur Kenntnis nehmen, dass mittlerweile das Internet für 59 Prozent der jüngeren Generation die wich-

tigste Nachrichten- und Informationsquelle sei, sagte der neue trimediale Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks Christian Nitsche: „Wir beobachten nicht nur technische Verschiebungen – beispielsweise informieren sich immer weniger junge Menschen über verschiedene Nachrichten-Apps, die jeweiligen Social-Media-Timelines reichen vielen bereits.“ Die ARD müsse mit ihren Programmen stärker ins Netz vordringen. Mobile und zeitunabhängige Nutzung seien unumkehrbare Trends. Automatisierte Sprachassistenten wie der Echo von Amazon („Alexa“) bekämen immer größere Verbreitung. „Da müssen wir rein mit unseren Inhalten“, sagte Nitsche.

Sparzwang der Sender

Der Roboterjournalismus sei auf dem Vormarsch. „Aber wer füllt dann noch die kritische Wächterfunktion aus?“ fragte der Chefredakteur. „Die entscheidende Frage ist, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft veränderte und wie wir die Zukunft eines demokratischen und pluralistischen Gemeinwesens gestalten wollen. Wie schafft es der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der digitalen, globalisierten und zunehmend fragmentierten Medienwelt noch einen Beitrag zum Zusammenhalt und zur Integration der Gesellschaft zu leisten? Man wolle diese Aufgabe ja

gerne übernehmen, aber das koste Geld. Die öffentlich-rechtlichen Sender stünden weiterhin unter einem

enormen Sparzwang. Für die nächsten zehn Jahre hätten alle Sender Einsparvorschläge von insgesamt 1,2 Milliarden Euro gemacht. Das genüge den Politikern aber noch nicht. Gleichzeitig sei die Rundfunkgebühr von 17,50 Euro pro Monat und Haushalt bis 2020 festgeschrieben. Es gebe also keinen Ausgleich für die Teuerungsrate.



Christian Nitsche: „Die ARD muss mit ihren Programmen stärker ins Netz vordringen.“

Kritische Anmerkungen zum „TV-Duell Merkel-Schulz“ drei Wochen vor der Bundestagswahl konnte Nitsche nicht ganz nachvollziehen. Für das Publikum sei es wichtig, die Kandidaten live und in direkter Konfrontation zu erleben, um sich ein Bild zu machen. Allerdings müsse man sich zukünftig überlegen, ob eine Sendung mit vier Moderatoren das richtige Format sei.



Michael Schröder

Populismus bei den Nachbarn

Im Rahmen der Tagung „Fake News und Populismus“ stellte das Team der Europäischen Akademie Bayern die Lage in Tschechien, Frankreich und den Niederlanden nach den Wahlen in den drei Ländern im Jahr 2017 vor.

AM TAG DER PARLAMENTSWAHL in Tschechien konnte Ralf Knobloch quasi live über den erdentschiedenen Sieg des umstrittenen Populisten Andrej Babiš berichten. Der Multimilliardär kam mit seiner Protestbewegung ANO („Ja“) auf 29,6 Prozent. Zweitstärkste Kraft wurden die Bürgerdemokraten (ODS) mit 11,3 Prozent der Stimmen (2013: 7,7), die ein Bündnis mit der ANO-Bewegung ausschließen. Die Sozialdemokraten (ČSSD), die bisher mit Bohuslav Sobotka den Regierungschef stellten, verloren rund 13 und stürzten auf 7,3 Prozent ab. Die rechtsradikale SPD des tschechisch-japanischen Unternehmers Tomio Okamura kam auf 10,6 Prozent.

Vor vier Jahren war die ANO-Partei mit 18,7 Prozent noch zweitstärkste Kraft geworden. Weil der 63-jährige Großunternehmer den Staat wie eine Firma lenken will, wird Babiš in den Medien auch der „tschechische Donald Trump“ genannt. Im Wahlkampf trat er als Euroskeptiker und Flüchtlingsgegner auf. Gegen ihn wird wegen Betrugs ermittelt, deshalb musste er im Mai 2017 das Amt des Finanzministers aufgeben.

Verglichen mit anderen Ländern Mitteleuropas habe es bislang eine Konsolidierung der Demokratie gegeben und das Vertrauen in die nicht staatlich gelenkten Medien sei höher als z. B. in Polen oder Ungarn, sagte Knobloch. Dennoch seien die Werte nach wie



Wahlsieger, Populist und Multimilliardär: Andrej Babiš will Tschechien wie eine Firma führen.

© David Sedlecký / Wikimedia Commons
CC BY-SA 4.0, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A_Babi%C5%A1_2015_\(5\).JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A_Babi%C5%A1_2015_(5).JPG)

vor niedriger als in den Demokratien Westeuropas. Und es gebe eine starke Tendenz zur Personalisierung von Politik, was sich ja nun bei den Wahlen auch gezeigt habe.

Es gebe kaum noch feste Bindungen an die Parteien. Das tschechische Volk zähle zu den volatilsten in Europa. Korruption sei ein großes Thema im Wahlkampf gewesen. Unter knapp 60 Staaten liege Tschechien beim weltweiten Korruptionsindex auf Platz 47, schlechter seien in Europa nur noch Zypern, Kroatien, Ungarn, die Slowakei, Rumänien und Griechenland. Klare ideologische Grundsätze seien für die Wähler immer weniger wichtig. Deshalb setzten die Parteien auf praktische und pragmatische Forderungen.

Versuch der Entdämonisierung

Birgit Schmitz-Lenders, Leiterin der Europäischen Akademie, erinnerte an den Wahlausgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich, bei der die Rechtspopulistin Marine Le Pen mit 34 Prozent im zweiten Wahlgang gegen Emmanuel Macron verloren hatte. Sie hatte seit den letzten Wahlen versucht, den Front National zu entdämonisieren und sich vom Rassismus und Extremismus ihres Vaters distanziert. Ihre zentralen Themen blieben aber die Einwanderungspolitik, innere Sicherheit und der Austritt aus der EU. Der Islam sei ihr erklärtes Feindbild. Französische Werte und Souveränität seien durch das „Brüsseler Diktat“ gefährdet. Ein dem Trump'schen „America first“ vergleichbares Ziel gebe es für den Front National und Le Pen auch in Frankreich: *préférence und priorité nationale*.

„Ein dem Trump'schen ‚America first‘ vergleichbares Ziel gibt es für den Front National und Marine Le Pen auch in Frankreich: *préférence und priorité nationale*.“

Birgit Schmitz-Lenders

Wie bei anderen Populisten gehe es vor allem um sie als Kandidatin des Volkes gegen die Etablierten und das korrupte System. Letztendlich hätten ihre Themen und Ideen auch zu einem inhaltlichen Rechtsruck bei Republikanern und Sozialisten geführt. Das Internet und soziale Netzwerke hätten bei Le Pen im Wahlkampf eine zentrale Rolle gespielt. Man habe früh angefangen, diese Informationskanäle vorbei an den etablierten Medien für sich zu nutzen.



Marine Le Pen vereinbart ihren Kampf gegen die EU und das Establishment mit ihrem Sitz im Europäischen Parlament.

© Claude Truong-Ngoc / Wikimedia Commons CC-BY-SA-3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?search=marine+le+pen+claudio++truong+ngoc&title=Special:Search&go=Go&searchToken=3dwg93vfvfveonys739r9w8jtk#/media/File:Marine_Le_Pen_Parlement_europ%C3%A9en_Strasbourg_1er_juillet_2014.jpg

Die niederländische Ein-Mann Partei PVV (Partij voor de Vrijheid) des Rechtspopulisten Geert Wilders porträtierte der stellvertretende Akademieleiter Jochen Zellner. Nicht erst seit der Parlamentswahl vom März 2017 gibt es in Holland ein stark zersplittertes Parteiensystem mit 13 Parlamentsfraktionen. Es gilt eine 0,6-Prozent-Klausel, was kleinen und kleinsten Parteien Parlamentssitze ermöglicht. Die Wilders-Partei stellt mit 20 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion nach der Volkspartei des rechtsliberalen Ministerpräsidenten Mark Rutte (33 Sitze).

Wilders ist neben seiner Stiftung das einzige Mitglied seiner Partei und bekommt deswegen auch keine staatliche Parteienfinanzierung. Seine Geldquellen liegen im Dunkeln. Zentraler Programmpunkt ist der Kampf gegen die „Islamisierung“. Sein Programm ist schlicht und passt auf einen DINA4-Zettel: Stopp der Zuwanderung, Ausländer ausweisen, Koran- und Kopftuchverbot, EU-Austritt und Sozialleistungen nur noch für Niederländer. Rassismus und Populismus seien seine Merkmale. Wilders setzt auf Personenkult und Ängste in der Bevölkerung. Bewusste Tabubrüche, Provokationen und stetige Polarisierung halten ihn und seine Partei im öffentlichen Gespräch und in den Medien. Dafür setzt er auch gezielt soziale Netzwerke und eigene Online-Medien ein. Auch vor dem Einsatz von „Fake News“ zur Diffamierung seiner Gegner schreckte Wilders nicht zurück, sagte Zellner. 



Geert Wilders Wahlprogramm passt auf einen DINA4-Zettel.

© Rijkssoeverheid / Phil Nijhuis CC0 1.0

Michael Schröder

Politischer Diskurs im Wandel

Die Verrohung der Republik

DER TON wird rauer. Sicherlich gab es in der Geschichte der Bundesrepublik öfter Phasen, in denen politische Auseinandersetzungen mit harten Bandagen geführt wurden. Doch Hasstiraden, Verunglimpfung und Gewaltandrohung, befeuert durch gezielte Falschmeldungen und Gerüchte gegen das „Establishment“, führen zu einer zunehmenden Verrohung des politischen Diskurses.*

Merkmale des Populismus

Simon Tobias Franzmann, Politikwissenschaftler an der Universität Düsseldorf, charakterisierte „Populismus“ als politische Strömung, die sich durch die Gegnerschaft zu Individualismus, Internationalismus und Multikulturalismus auszeichnet. Im Zentrum populistischer Argumentation steht ein angeblicher Gegensatz zwischen dem „homogenen, tugendhaften Volk“ und der „korrupten Elite“. Populismus ist deshalb tendenziell antipluralistisch, ein Freund-Feind-Bild kennzeichnet sein Politikverständnis. Hinzu kommt eine ausgeprägte „Anti-Establishment“-Haltung. Für die rechtspopulistische Variante nannte Franzmann folgende Merkmale: kulturell geprägte Ungleichheitspostulate („wahrer Volkskern“); in der neu-rechten Ideologie vor allem ein „Recht auf kulturelle Distanz“, das in der Identität durch nationalstaatliche Souveränität gewährleistet wird sowie der Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen aus dem „Volk“. Rechtspopulismus an der Regierung führe – so Franzmann – notwendig zu autoritären Systemen, denn jegliche innere Opposition werde als illegitim denunziert.

Franzmann bezeichnete die AfD als Partei, in der Modernisierungsgegner (nicht gleichzusetzen mit Modernisierungsverlierern!) einen Großteil der Wählerschaft stellen. Ihre Wähler sind gekennzeichnet durch eine Dominanz ausländerfeindlicher Motive, einen hohen Männer-Anteil, wenige Jungwähler (unter 5 Prozent). 28 Prozent der AfD-Wähler haben – so Franzmann – ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild.“



Simon Tobias Franzmann: „28 Prozent der AfD-Wähler haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.“



© STUTTMANN

Weltbild“. Entgegen oft zu vernehmender Meinungsäußerungen handelt es sich also nicht nur um Protestwähler.

Zivile Verrohung der Sprache

Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht untersuchte Olaf Jandura (Universität Düsseldorf) die Verrohung des politischen Diskurses. Seiner Ansicht nach nahm dieser Prozess mit den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden ab Oktober 2014 (also lang vor der Zunahme der Flüchtlingsbewegung) Fahrt auf. Die Weigerung der Demonstranten, sich auf Diskussionen einzulassen, bewertete er als Abkehr vom „deliberativen Paradigma“ demokratischer Gesellschaften (Konsens/Diskurs, zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse, Überzeugungskraft von Argumenten etc.). Die Qualitätskriterien öffentlicher Kommunikation wie gegenseitiger Respekt und ziviler Umgang seien dabei unter die Räder gekommen. Jandura betonte, dass polemische Zuspitzung und Kritik, Emotionalisierung und Moralisierung in politischen Diskussionen allein noch keine Gefahr für die Demokratie darstellen. Das sei „zivile Verrohung der Sprache“. Die Gefahr bestehe erst dann, wenn der politische Streit verweigert wird, wenn Diskussionen abgebrochen und Gegenpositionen kriminalisiert werden. Wo dem „Gegner“ von vornherein „böse Absich-



Olaf Jandura: „Abkehr vom Konsens demokratischer Gesellschaften“

© Meyer (APB)

* Tagung in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

ten“ unterstellt würden, herrsche eine Logik der Denunziation („inzivile Verrohung der Sprache“). Social Media förderten die Entstehung von „Echokammern“ und „Filterblasen“, in denen immer nur „Gleichgesinnte“ miteinander kommunizieren, statt zum politischen Diskurs in einer politischen Öffentlichkeit beizutragen.

Hoax werden mehr

Karolin Schwarz vom Recherche-Portal CORRECTIV wies in ihrer Analyse der Bedeutung von „Fake News“ für den gegenwärtigen politischen Diskurs darauf hin, dass ein Hoax – eine vor allem im Internet verbreitete Falschmeldung – kein neues Phänomen sei. Aber es gebe in letzter Zeit eine deutliche Zunahme und politische Instrumentalisierung solcher Falschmeldungen. Allein auf der Website hoaxmap.org sind mittlerweile fast 500 gesammelt, die sich ausschließlich auf angebliche „Vorfälle“ mit Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten beziehen und alle widerlegt sind. Im vergangenen Bundestagswahlkampf, der vom CORRECTIV-Team sehr intensiv verfolgt und analysiert wurde, waren zwar keine richtig „großen“ Falschmeldungen zu verzeichnen, aber doch etliche Fake-Geschichten und Fake-Dokumente. Dazu zählen gefälschte Aussagen von Politikerinnen und Politikern sowie Fotos oder Videos mit falschen Erläuterungen. Derartige Fake News „funktionieren“ – so Schwarz –, weil sie der eigenen Weltsicht entsprechen und auf bestehenden Ressentiments aufbauen.

Rechtsextreme im Kampfmodus

Handelt es sich um einen Aufstand der „Frustrierten“? Diese Frage stellte die Sozialpsychologin Beate Küpper (Hochschule Niederrhein) in den Mittelpunkt ihrer Analyse, die sie vor dem Hintergrund der Ergebnisse der „Mitte-Studien“ (Heitmeyer / Zick u. a.)



Islamfeindliche Parolen von Rechtsextremisten

© Jasper Goslicki / CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Arbeit_familie_vaterland_transparent_sachsenmut_stoppt_moslemflut.jpg

sowie von Langzeituntersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) durchführte. Demzufolge positioniert sich zwar die große Mehrheit der Bevölkerung als „demokratisch“, zeigt aber in Einzelfragen Meinungen, die auch anschlussfähig sind für Rechtspopulismus und neurechte Ideologien. So kommt es zum „Einsickern“ dieser Ideologien und ihrer Sprache in den politischen Diskurs.

Über 2000 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sowie massive Drohungen gegen politisch Engagierte, die sich öffentlich gegen Rassismus stellen, zeigen, dass sich „Rechtsextreme im Kampfmodus“ befinden. Küpper empfiehlt Gegenrede und deutliches Auftreten gegen menschenfeindliche Ideologien: Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die Mehrheit rechtspopulistische Meinungen toleriert. Als Kennzeichen der rechtspopulistischen Ideologie nannte sie: 1.) die Entgegensetzung von „die da oben“ und „wir da unten“, 2.) den Mythos von der Homogenität des „Volkes“ („Wir“ gegen die „anderen“!), 3.) den Anspruch, die „wahre Stimme“ des Volkes darzustellen, 4.) die Denunziation anderer Meinungen als illegitim („Lügenpresse“) und 5.) das Narrativ des „betrogenen Volkes“.



Beate Küpper: „Tatsächliche Ungleichheit werde als Ungleichwertigkeit interpretiert.“

Angst als Ursache

Tatsächliche Ungleichheit werde als Ungleichwertigkeit interpretiert und führt dementsprechend zur Abwertung ganzer Gruppen. Vorurteile vermitteln vermeintliches Wissen und Erklärungsmuster, erhöhen den Selbstwert, schaffen Anerkennung durch andere und legitimieren soziale Hierarchien, Privilegierung und Diskriminierung. Die Ergebnisse der Mitte-Studie belegen dies auch empirisch. Die AfD bündelt die vorhandenen rechtspopulistischen Einstellungen und verknüpft sie geschickt mit dem Narrativ vom „bedrohten kleinen Mann“ und dem „bedrohten Volk“. Sie bietet so die Legitimation für vielfältige Abwertungen, unangebrachte Wut und die Verteidigung der eigenen Vormachtstellung.

Die Ursachen für diese Einstellungen sieht Beate Küpper nicht so sehr in den tatsächlichen ökonomischen Bedingungen, sondern eher in der Art und Weise, wie diese Bedingungen (zum Beispiel die tatsächlichen Ressourcenkonflikte und die Frage der sozialen Identität) interpretiert und gedeutet werden: Wesent-

lich ist die Empfindung von Angst: vor dem/den Fremden, vor Veränderung, vor sozialem Abstieg, vor dem Verlust von Privilegien.

Demokratie in der Schule erleben

Mögliche Gegenstrategien und Handlungsansätze aus verschiedenen Perspektiven bestimmten die Schlussrunde. Fritz Schäffer vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) widmete sich dabei den Schulen und plädierte auf Basis des Manifests seines Verbandes („Haltung zählt“) dafür, der dringend notwendigen Demokratiepädagogik größeren Stellenwert einzuräumen. Sie habe nicht die Aufgabe, dass bestimmte politische Positionen als „richtig“ dargestellt werden, sondern sie soll vielmehr eine politische Haltung vermitteln, in der unterschiedliche Meinungen einen Platz finden. Also Anerkennung von Pluralismus und Heterogenität einer Gesellschaft. Damit dies aber wirklich funktionieren kann, müsste die Schule selbst, so Schäffer, eine demokratische Institution werden, in der Demokratie gelebt werde und erlebt werden könne. Dies müsse auf allen Ebenen geschehen: in der Schulorganisation und -verwaltung (z. B.: durch Schulparlamente mit



Fritz Schäffer: „Demokratie in der Schule erlebbar machen.“

echten Kompetenzen), aber auch im Unterricht selbst (z. B. durch respektvollen Umgang miteinander und durch gemeinsames Festlegen der angewandten Methoden). Auch die Lehrerfortbildung müsse dazu beitragen, die demokratischen Elemente zu stärken.

Nora Fritzsche (Köln) gab Tipps für den Umgang mit „Hate Speech“ im Internet. Immerhin zwei Drittel der jüngeren Internet-User hat schon einmal solche Hasskommentare oder Cyber-Mobbing selbst erfahren. Sie mahnte nachdrücklich, dieses relativ neue Phänomen ernst zu nehmen: „Digitaler Hass ist realer Hass.“

Raus aus Echokammern

Christian Boeser-Schnebel, Projektleiter des Netzwerks Politische Bildung Bayern und Mitautor eines Buches über Argumentationstraining (www.politikwagen.de), machte deutlich, dass es beim Umgang mit Populismus und Stammtischparolen nicht darum gehe „den anderen auszutricksen“. Vielmehr müsse es das Ziel sein, eine Haltung zu etablieren, in der die Bereitschaft für einen offenen demokratischen Diskurs ein zentrales Element sei. Dazu ist es notwendig, die jeweiligen „Echokammern“ zu verlassen und einander zuzuhören sowie Offenheit für andere Sichtweisen zu entwickeln. Nachfragen sei besser als gleich eine Gegenargumentation aufzubauen. Es sei wichtig, die eigene Haltung zu reflektieren und zumindest ein Stück weit in Frage zu stellen.



Gerd Rudel

Manfred Schwarzmeier

Akademiedirektorin:
Prof. Dr. Ursula Münch
Vorsitzender des Kuratoriums:
Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Vorsitzender des Beirats:
Prof. Dr. Klaus Meisel
Kollegium:
Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik
Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel
Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik
Dr. Wolfgang Quaisser
Wirtschafts- und Sozialpolitik
Dr. Michael Schröder
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung
Jörg Siegmund M.A.
Persönlicher Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation
Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Dr. Sebastian Haas

It's the digitalization, stupid! Digitalisierung der Gesellschaft

Keine technische Innovation der letzten Jahrzehnte hat so umfassend und tiefgreifend alle öffentlichen und privaten Lebensbereiche verändert wie das Internet.

INTERNET und Digitalisierung haben politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse maßgeblich beeinflusst und beschleunigt. In demokratischen Systemen gibt es kaum noch Politiker, die nicht über soziale Netzwerke kommunizieren. Das Beispiel des Arabischen Frühlings zeigt zudem, welches revolutionäre Potenzial über die Möglichkeiten der kollektiven Vernetzung in der Praxis abgerufen werden kann.

Licht und Schatten

Im gesellschaftlichen Bereich wirkt das Internet zuerst egalisierend. Die schnelle Verfügbarkeit von Informationen und Daten kann zur Transparenz beitragen. Gleichzeitig eröffnet das Internet zahlreiche Möglichkeiten der Partizipation und des (zivil)gesellschaftlichen Wirksamwerdens – seien es die Möglichkeiten von Online-Petitionen oder sei es jüngst ganz konkret die *#MeToo*-Debatte. Zugleich werden auch die Schattenseiten dieser Entwicklung immer deutlicher, etwa

- in Form der Herausbildung von in sich geschlossenen *Mini Publics*, also selbstreferenziellen Echkammern;
- in Form einer manchmal etwas zu schnellen, wenn nicht gar vorschnellen Meinungsbildung oder auch
- in Form von Konformitätsdruck, den soziale Medien erzeugen können.

Menschen werden aber nicht nur als politische Wesen herausgefordert. Die Digitalisierung hat unkalkulierbare Auswirkungen auf alle Lebensbereiche: auf das Arbeitsleben wie auf die Freizeitgestaltung und nicht zuletzt auf unsere sozialen wie kognitiven Verhaltensweisen schlechthin. Unsere Tagung hat die Wirkungen des Internets auf die Gesellschaft(en) untersucht.

Maschinenlesbare Welt

Nach Einschätzung des Journalisten Richard Gutjahr haftet der Digitalisierung durch und durch Revolutionäres an: „Was auf uns zukommt, ist größer als alles, was wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben.“ Diese Feststellung macht er an dem Zusammenwirken von sechs Schlüsselfaktoren fest:



© GERALT / PIXABAY

1. Digitalisierung – Immer mehr Handlungszusammenhänge lassen sich digital abbilden und beeinflussen: „die Welt ist mittlerweile maschinenlesbar geworden.“ Dies spiegelt sich auch darin, dass Kommunikationsunternehmen in alle denkbaren Lebensbereiche vordringen und dadurch inzwischen weltweit zu den wertvollsten Unternehmen avanciert sind.
2. Vernetzung – Die unheimliche Macht der Digitalisierung liegt insbesondere in ihrem Netzwerkcharakter. Denn das Internet als dezentrale Infrastruktur mit unendlich vielen Kommunikationspunkten lässt sich weder kontrollieren noch regulieren. Soziale Medien, das „Internet der Dinge“ und neuerdings das auf Blockchains basierte „Internet der Werte“ beenden das Zeitalter der Massenmedien, in dem Kommunikation noch steuer- und beeinflussbar war.
3. Bandbreite – Der anstehende Übergang zur 5G-Übertragungstechnik bedeutet, dass Kommunikation demnächst zehnmals schneller sein wird als das, was wir heute kennen. Dadurch werden sich Qualität und Quantität der Digitalisierung noch einmal potenzieren: „Was zu diesem Zeitpunkt nicht digitalisiert sein wird, wird nicht stattfinden.“
4. Big Data – Siehe Punkt 1: „Wie heißt es doch? Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts“
5. Automation – Bereits heute sind Menschen Urheber von nur der Hälfte der gesamten Online-Kommunikation. Mit zunehmend vernetzten und „intelligenteren“ Haushaltsgeräten, mit der Vervielfachung der (social) Bots und der weiteren Etablierung des Internets der Dinge und der Werte wird diese Quote rapide absinken.
6. Künstliche Intelligenz – Die Tatsache, dass Maschinen lernen (können), sich selbst anzulernen und auch die Kommunikation und Interaktion mit den Menschen selbst initiieren können, hebt zusätzlich die Automation auf eine neue Stufe.

Vor diesem Hintergrund wirkt Gutjahrs Fazit beinahe gruselig: „Nur wer sich an den Wandel anpasst, wird überleben.“

Kreativität bleibt Menschen vorbehalten

„Sein oder nicht sein?“ Für Philip Häusser (Wissenschaftsjournalist sowie Informatiker und Physiker an der TU München) gehört diese Frage nach wie vor eher dem Bereich der Science Fiction an.

Künstliche Intelligenz sei zwar weit vorangeschritten. So können neuronale Netzwerke lernen, verlässlich Bilder zu erkennen oder einfache Konversationen zu führen. Doch einen Sachverhalt richtig zu erfassen, ein (Schach-)Spiel überlegen zu spielen und womöglich sogar ein Auto unfallfrei zu steuern, ist nur die eine Seite der Medaille. Zu Lernen, zu verstehen und vor allem: Schlussfolgerungen zu ziehen ist die andere Seite. Und gerade „am Verstehen der Zusammenhänge dieser Welt mangelt es der Künstlichen Intelligenz noch gewaltig.“ Computer seien nach wie vor Korrelationsmaschinen, die (noch) keine Kreativität an den Tag legen können. Dies bleibt auch weiterhin dem Menschen vorbehalten.

Emotionslos und rechtsfähig

Roboter sind emotionslos, wobei manche zumindest Stimmungen erkennen und passend reagieren können. Autonom agierende Systeme wie das autonome Fahren sollen nicht perfekt sein. Kleinere Ausrutscher helfen dabei das Vertrauen in die Maschinen zu stärken, erläutert Ingrid Isenhardt (RWTH Aachen): Ein kleiner, wohlkalkulierter und folgenloser Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung steigert die Sympathie des Menschen gegenüber dem Fahrroboter und trägt eher zu dessen Akzeptanz bei.



Beim autonomen Fahren ergeben sich ganz neue rechtliche und ethische Probleme.

© Rama / CC BY-SA 2.0 FR, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ligier_EZ10-IMG_8152.jpg

Doch was, wenn ein großer Fehler, ein Unfall passiert? Wer haftet: Mensch oder Maschine? Hersteller oder Nutzer? Nach Überzeugung von Louisa Specht (Universität Passau) lassen sich Haftungsfragen durchaus im Rahmen der bestehenden Privatrechtsordnung klären. Gleichwohl bedarf diese punktueller Anpassungen:

- Für automatisierte Agenten – also Systeme, die nach einer voreingestellten Vorgabe handeln – bedarf es vorrangig einer Technikregulierung. Dazu gehören seitens der Hersteller Produktbeobachtungspflichten auch für Algorithmen mit entsprechender Rückrufpflicht sowie seitens der Nutzer Verkehrssicherungspflichten, z. B. in Form einer zeitnahen Installation von Software-Updates.
- Für autonome Systeme, deren Handeln aufgrund eines selbsterlernten Algorithmus erfolgt, müsse man zusätzlich zu der Technikregulierung eine Teilrechtsfähigkeit dieser nicht-menschlichen Akteure etablieren: „Man muss darüber nachdenken, dass Maschinen rechtsfähig werden.“ Die Forderung ist, dass autonome Systeme juristisch analog zum „minderjährigen Stellvertreter“ behandelt werden.

Insgesamt gelte: „Technische Lösungen und Innovationen müssen sich an geltendes Recht halten.“

Digitalisierung in Bildung und Beruf

Doch die Herausforderungen der Digitalisierung sind viel grundsätzlicher: Denn sie führt dazu, dass Realität und Virtualität zunehmend hin zu „soziotechnischen Welten“ verschmelzen.

Diese Entwicklungen bringen nicht nur Veränderungen im kommunikativen Handeln der Individuen, im sozialen Austausch und in der Teilhabe mit sich. Vielmehr hat die Digitalisierung unkalkulierbare Auswirkungen auf alle Lebensbereiche: nicht zuletzt auf die Arbeitswelt (*Industrie 4.0 oder Remote Working*).

Es entstehen neue Beschäftigungsformen, die Anbieterstrukturen ändern sich, neue Geschäftsfelder werden erschlossen. Arbeit und die Erwerbswelt werden „mediatisiert“ – so Caroline Roth-Ebner (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt): Gemeint ist damit das Zusammenspiel von medial-kommunikativem Wandel, sozialem Wandel und dem Wandel von Erwerbsstrukturen. Charakteristika der Mediatisierung sind Virtualisierung, Flexibilisierung und Mobilisierung, Vernetzung, Entgrenzung von Arbeitsbereichen – einhergehend mit Prozessen wie Standardisierung und Rationalisierung.

Um sich in diesen neuen Erwerbswelten orientieren zu können, bedarf es auch im Berufsleben mehr denn je einer ausgeprägten Medienkompetenz. Me-

dienbildung darf in der Schule nicht als Selbstzweck erfolgen; auch darf Kommunikationsfähigkeit nicht alleine auf moderne Demokratiekompetenz fokussiert werden. Denn Medienbildung und Medienpädagogik sind nicht nur unabdingbar für die Orientierungsfähigkeit in der Ära der Sozialen Medien, zumal erst sie die Grundlage für einen pluralistischen Meinungsaustausch und damit für demokratische Willensbildung schaffen. Sie sind vielmehr ebenso unabdingbar als Kernkompetenz im Berufsleben, welches vermehrt unter den „mediatisierten“ Bedingungen abläuft. Auch diese Tatsache müsse sich in den schulischen Bildungscurricula niederschlagen, so Roth-Ebner.

Hybride Demokratien

Digitalisierung führt zu einem fundamentalen Wandel der Öffentlichkeit und fordert damit die traditionellen sozialen Strukturen heraus.

Soziale Netzwerke werden zunehmend zu Mobilisierungsstätten und Orten der tagtäglichen politischen Information und Diskussion: Kommunikation erfolgt direkt, ohne Journalisten als Gate-Keeper und Agenda-Setter, ohne Moderatoren. Es gilt das Recht des Stärkeren bzw. das Recht desjenigen, der die meisten *Likes*, *Freunde* und *Follower* vorzuweisen hat. Entscheidend für die gesellschaftliche und politische Relevanz ist dabei, wie gut man die Klaviatur der Gefühlsregung beherrscht. Inhaltliche Argumentationsstärke, geschweige denn ethische oder moralische Kriterien, spielen keine Rolle. Folge ist eine Verrohung der Kommunikation, mit isolierten Statements, zunehmend antipluralistischen Positionen und Hasskommentaren.

Isabelle Borucki (Universität Trier) beschrieb die Situation anhand des Beispiels Facebook: Dort stehen zwei Milliarden Usern nicht einmal 20.000 Mitarbeiter gegenüber. Knapp 50 Prozent der Benutzer haben schon einmal Hasskommentare gelesen und allein in Deutschland werden jährlich 500.000 Beschwerden eingereicht. Ähnliches lässt sich in den Kommentarfeldern bei Online-Artikeln beobachten.

Totale Anonymität

Doch wie wird man dieser Entwicklungen Herr? Neben einem erneuten Plädoyer für den medialen Bildungsauftrag schlägt Eva Weber-Guskar (Universität Bern) mit Blick auf die Online-Kommentarfunktion eine konkrete Maßnahme vor, indem sie sich für ein System der „totalen Anonymität“ ausspricht: Jeder Kommentar bekommt eine Nummer und kann somit nicht mit einem Profil oder gar einer realen Person in Verbindung gebracht werden. So erhofft sie sich eine sachliche und ehrliche Diskussion, vor allem aber auch weniger verbale Angriffe und Beleidigungen. In beiden Fällen ist eine Moderation bzw. eine Kontrolle

wichtig, sodass schädliche Inhalte rechtzeitig gelöscht werden.

Denn, so Weber-Guskar, eine demokratische Agora jenseits der sozialen Medien scheint nicht mehr denkbar. Vielmehr begründen die kombinierten Möglichkeiten der Online-sowie Offline-Kommunikation und Partizipation eine hybride Demokratie mit Chancen und Gefahren. Einerseits wird das Einflusspotenzial der Bürger durch elektronische Kommunikation, Partizipation und Interaktion erweitert. Andererseits entsteht eine kommunikative Anarchie, die Missbrauchspotenzial offen legt: sei es die benannte Verrohung der Kommunikation, sei es, dass unvorstellbar viele sensible Daten im Umlauf sind, sei es, dass das System zur Akkumulierung von Macht durch Internet-Giganten einlädt.

Zeitalter der Internet-Giganten

Paul Nemitz von der Europäischen Kommission spricht in diesem Zusammenhang von einer „stalker economy“ und meint damit Amazon, Apple, Google und Co. Kerngeschäft dieser Unternehmen sei es nämlich, möglichst viele Daten sammeln, zu analysieren und (dann) zu verkaufen: „je mehr Daten, desto mehr Profit.“

Für Nemitz ergibt sich daraus geradezu ein Verfassungsauftrag, Privatsphäre und persönliche Informationen zu schützen. Als Paradebeispiel gilt hier für ihn die neue Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union mit ihrem durchaus strengen Sanktionsmechanismus, die weltweit die strengsten Kriterien festschreibt und zugleich ihre Justiziabilität garantiert.

Denn Big Data und Digitalisierung sollten an sich „nicht verteufelt werden“, zumal in ihnen immenses Innovationspotenzial steckt, das den Gesellschaften als Ganzes ebenso wie den Individuen zugutekommen kann. Vielmehr solle man durchaus „das Undenkbare denken“. Entscheidend sei aber, dass dadurch kein rechtsfreier Raum entsteht: Daher bedarf es einerseits der Regulierungen, die fortentwickelt werden müssen, und andererseits der Urteilsfähigkeit und Medienkompetenz jedes einzelnen, um sich in den digitalisierten und mediatisierten Welten zurechtzufinden, wodurch erneut der mediale Bildungsauftrag unterstrichen sei.

Andreas Kalina
Sebastian Haas
Luisa Schmid



Social media haben die politische Kommunikation grundlegend verändert.

© kropekk_pl / pixabay

Polizei und Rechtsextremismus

Die Debatte um Rechtsextremismus, den polizeilichen Umgang damit und fremdenfeindliche Gesinnungen innerhalb der Polizei reißt nicht ab. Knapp 70 Polizeibeamte aus ganz Deutschland analysierten die aktuelle Lage, benannten Probleme und zeigten mögliche Handlungswege auf.*

DIE ENTWICKLUNG der Forschung zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Polizei skizzierte der Politikwissenschaftler Christoph Kopke von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Der Fall der Mauer 1989 brachte auch einen Wandel der Sicherheitsbehörden in Deutschland mit sich. In den frühen 1990er-Jahren hätte es geheißen, die Polizei sei „auf dem rechten Auge blind“. Das sogenannte „racial profiling“ und ein möglicher institutioneller oder struktureller Rassismus wurden diskutiert. Kopke wies auf die schwierige Rolle vieler Polizisten hin. Nicht selten würden sie beschimpft und angegriffen. Wichtig sei die Thematisierung und nicht die Tabuisierung von vermeintlichen Missständen.

Polizei und Social Media

Der Pressesprecher der Münchner Polizei Marcus da Gloria Martins berichtete über Hasskommentare, die die Polizei vor allem über die sozialen Medien erreichen. Es sei schwer zu entscheiden, wo die Grenzen der Meinungsfreiheit liegen, zumal „hate speech“ (noch) kein Straftatbestand sei und deshalb ohne strafrechtliche Konsequenzen bliebe. Ohne Sanktionen wiederum verstärke sich das negative Verhalten vieler Nutzer. Das Überwachen von Behörden sei fast genauso wichtig wie das Netz-Monitoring und die Netzwerkfahndung, sagte da Gloria Martins. Obwohl diese Aktivitäten jede Menge Ressourcen binden und kaum eine Anzeige tatsächlich vor Gericht landen würde, betonte er die positiven Seiten: Hinweise von Bürgern via Social Media trafen zu 80 Prozent ins Schwarze und unterstützen die Polizeiarbeit. Über Hetzer im Netz sagte er: „Eine kleine Minderheit darf nicht so laut werden, dass sie wie die Mehrheit klingt.“

Bei einer Podiumsdiskussion über die Mordserie des „NSU“ bedauerte der ehemalige bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein die Ermittlungsspannen und sprach von einem Versagen des Rechtsstaats. Er hatte damals, als bayerischer Innenminister, die Behörden gebeten, ein fremdenfeindliches Motiv zu überprüfen.



Günther Beckstein bedauert die Ermittlungsspannen nach der „NSU“-Mordserie.
© Schmid (APB)

Die Anwältin vieler Angehöriger der „NSU“-Opfer, Seda Basay-Yildiz, sieht in den Vorfällen die Pflicht der Polizei verletzt, jede und jeden zu schützen. Fehler müssten eingestanden werden, sie forderte eine Entschuldigung von Seiten der Behörden.

Auch Ulf Küh, der stellvertretende Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, sah die damalige Polizeiarbeit kritisch. Mit Blick auf den „NSU“-Prozess betonte er, dass in dem Gerichtsverfahren jedoch allein über die Schuld mutmaßlichen Täter entschieden werde. Polizeifehler oder der Umgang mit den Opferfamilien würden nicht thematisiert.

Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats und jetzt Ombudsfrau für die Angehörigen der Opfer des „NSU“, formulierte die These: Die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland stellt Politik und Behörden vor ungeahnte Herausforderungen, so dass dringend Veränderungen kommen müssen.



Barbara John forderte eine bessere Kooperation von Ländern und Justiz.

Sie forderte eine unabhängige Beschwerdestelle zur Überprüfung polizeilichen Handelns, eine Öffnung der Sicherheitsbehörden und eine bessere Kooperation zwischen Bundesländern und Justiz im Allgemeinen. Die Polizei müsse aus alten Fehlern lernen und Lehren ziehen.

Luisa Schmid

* Tagung in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Pleiten, Pech und Pannen Investitionen in Deutschland

Die Klagen nehmen kein Ende: Straßen und Gleise müssen erneuert und ausgebaut werden, Schulen und Universitäten müssen saniert werden. Bezahlbare Wohnungen fehlen. Strukturschwache Regionen leiden dagegen unter Abwanderung und sinkenden Geburtenraten. Gleichzeitig häufen sich Fehlplanungen. Wie vermeidet man diese und welche Rolle spielt die Bürgerbeteiligung?*



Stickoxide und Feinstaub belasten die Umwelt nicht nur in Großstädten.

© Rabe / pixabay

UNTERSUCHUNGEN zeigen, so Norbert Gebbeken, Professor für Baustatik, dass 75 Prozent aller Großprojekte (nicht nur in der Baubranche) weder die Kosten- noch die Zeitplanungen einhielten. Dabei kennen man durchaus die Schwachstellen der Planungen. Sie begannen damit, dass der Bauherr zu wenig auf einen kooperativen Führungsstil und eine ausreichende Fehlerkultur achte. Jeannette Behringer, Expertin für Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, bemängelte, dass es oft an einem frühen Meinungsaustausch mit der betroffenen Bevölkerung fehle.

Dialog und Gemeinwohl

Wenn man zu spät auf deren Einwände und Vorschläge eingehe, verlöre man kostbare Zeit. Einig waren sich Gebbeken und Behringer darin, dass man in der Planung früh das Gemeinwohl des Bauvorhabens klären müsse, auch wenn dies vielfach nicht einfach sei. Zudem müssten von der Politik klare Ziele und Anforderungen formuliert werden. Außerdem sei es notwendig, ein Verständnis für die unterschiedlichen Zwänge und Bedingungen aller Akteure (Bauherr, Politiker und Be-



Norbert Gebbeken: „Nicht alle Großprojekte scheitern.“

© Meyer (APB)

wohner) zu entwickeln und auf dieser Basis einen professionell moderierten Dialog zu organisieren. Es müsse die einfache Frage beantwortet werden: Warum bauen wir eigentlich?

Für die Experten ist klar: Die Rahmenbedingungen entscheiden über Erfolg oder Scheitern von Großprojekten. Gebbeken bemängelte eine durch Medien verursachte Verzerrung, denn meist werde nur über gescheiterte Großprojekte berichtet. Dabei gebe es viele Erfolgsbeispiele: Projekte wie die Allianz-Arena, das Legoland Günzburg oder der Gotthardtunnel waren erfolgreich, weil frühzeitig Empfehlungen von externen Experten beachtet und ein Dialog mit der Bevölkerung stattgefunden hätte.

Öffentliche Investitionen und Wachstum

Die öffentlichen Investitionen gehen in Deutschland im Verhältnis zur Kaufkraft langfristig zurück. Diese These untermauerte Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der ifo Niederlassung Dresden, mit Daten des Instituts. Das bedeute einen schleichenden Substanzverlust der öffentlichen Infrastruktur. Diese Investitionsschwäche sei besonders bei den Kommunen zu beobachten und weniger auf Bundes- oder Länderebene. Allerdings machte Ragnitz auch deutlich: „Wir brauchen in Deutschland keine flächendeckenden Investitionen in die Infrastruktur. Was wir dagegen sehr wohl benötigen, um Engstellen zu be-

* Tagung in Kooperation mit dem ifo-Institut Dresden

seitigen, sind gezielte Investitionen.“ Das gelte für marode Straßen und Eisenbahnen sowie für Brücken, auch für Schulen.

Neue Finanzierungskonzepte

Henrik Scheller vom Deutschen Institut für Urbanistik diskutierte die Vor- und Nachteile verschiedener alternativer Finanzierungen von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen wie des Contracting, des Crowdfunding, der Bürgerdarlehen, der Anleihen und Schuldscheine. Diese Finanzierungsformen würden nur in wenigen Nischen angewendet, die Öffentlichen Privaten Partnerschaften (ÖPP) seien beliebter. Mit Hilfe der ÖPP könnten Kostenvorteile durch den privaten Bau und Betrieb von Infrastrukturen realisiert und so die öffentlichen Haushalte entlastet werden. Vielfach entstünden aber auch langfristige Planungs- und Rechtsunsicherheiten, implizite Kosten und langfristige Folgekosten, weshalb immer eine sehr genaue Prüfung notwendig sei. Scheller hinterfragte den Sinn der sogenannten schwarzen Null in der Haushaltspolitik und forderte: „Eine Investitionsregel muss die Verschuldungsregel flankieren!“



Henrik Scheller diskutierte neue Finanzierungsformen.

Die Kultur der Stadt

Boomende Zentren und deren Speckgürtel sind immensen Veränderungen unterworfen, so Walter Siebel, Stadtsoziologe an der Universität Oldenburg. Während bis hinein in die 1980er-Jahre ein starker Trend der Abwanderung vor allem der Mittelschicht in das Umland von Großstädten zu beobachten war, werden Städte für Familien, qualifizierte Frauen sowie Rentner immer attraktiver. Die Innenstädte würden zunehmend als Wohn- und Lebensort für hochqualifizierte Arbeitskräfte ohne Kinder beliebter. Dort werden Arbeitsplätze, Dienstleistungen und Kommunikationsstrukturen angeboten, die der ländliche Raum oder Kleinstädte nicht bieten könnten.

Doch es seien nicht alleine politische oder wirtschaftliche Strukturen, die die Stadt vom Land unterschieden, sondern die urbane Lebensweise ergebe sich aus der Entlastung von notwendigen Arbeiten (insbesondere für Frauen) und die ständige Begegnung mit Fremden. Die großen Städte seien die Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung, so Walter

Siebel, und Zielort der Migration. In naher Zukunft würden bis zur Hälfte der jüngeren Arbeitskräfte in den Großstädten einen Migrationshintergrund haben.

Anzeichen eines Strukturwandels

Das öffentliche Leben werde sich vorrangig auf die Stadt konzentrieren. Der Zuzug in die Ballungsräume sei nicht zu stoppen, sagte Siebel. Hohe Mieten, Verschmutzung, Platzmangel und Digitalisierung könnten aber auch ein Grund sein, den Städten fern zu bleiben. Doch noch sei der Wachstumstrend der urbanen Metropolen ungebrochen. Den könne man „nicht mal mit Geld aufhalten“, stellte Reiner Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung fest. Die demographischen Entwicklungen und die Wanderung zwischen West- und Ostdeutschland hätten sich angeglichen. Nach der deutschen Einheit sei in Ostdeutschland die Geburtenrate eingebrochen und es hätte eine starke Abwanderung gegeben. Beides habe sich nun normalisiert.

Leerstände am Rand

Wegen der horrenden Mietpreise nehme der Neubau von Geschosswohnungen zu, so Alexander Schürt vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn. Einfamilienhäuser würden eher in ländlichen Regionen gebaut. Die Städte würden immer enger, die Dörfer seien geprägt von Neubausiedlungen und Leerstand. Schürt bezweifelte die Funktionalität der Mietpreisbremse. Alteingesessene Familien würden aus den Stadtkernen vertrieben und müssten längere Pendelstrecken in Kauf nehmen.

Mobilitätswende

Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, wäre nicht nur günstigerer Wohnraum, sondern auch eine Mobilitätswende notwendig, doch diese sei erst in Ansätzen erkennbar, so Martin Held, Koordinator des Gesprächskreises „Die Transformateure.“ Dabei hätten sich gerade in der letzten Zeit die treibenden Kräfte für eine Veränderung verstärkt. Die Luftverschmut-



Martin Held: „Die Mobilitätswende ist erst in Ansätzen erkennbar.“

zung durch Stickoxide und Feinstaub überschreite häufig die Grenzwerte und Normen. Kriminelle Machenschaften („Dieselgate“) erregten öffentliche Verärgerung. Auch klimapolitisch wachse der Druck, denn Treibhausgas-Emissionen würden im Unterschied zu anderen Sektoren im Verkehr weiter ansteigen. Des-

halb sei die Förderung der aktiven Mobilität (zu Fuß gehen, Fahrrad, E-Bikes, Cargo-Bikes) und der Elektromobilität sowie des öffentlichen Verkehrs wichtig.

Beispiel München

Pia Eichenseer schilderte die Anstrengungen der Stadtwerke München, eine Energie- und Mobilitätswende einzuleiten. So habe die Stadt schon 2008,



Pia Eichenseer schilderte Münchner Initiativen für eine Energie- und Mobilitätswende.

d. h. lange vor Bundesinitiativen, auf Nachhaltigkeit gesetzt. Bis 2025 wollen die Stadtwerke so viel Ökostrom in eigenen Anlagen produzieren, wie ganz München verbraucht. Die eigenen Kapazitäten reichten im Moment in den Bereichen Wasserkraft, Geothermie, Solar- und Windenergie sowie bei der Erhöhung der Energieeffizienz nicht aus, das

Ziel zu erreichen. Deshalb müsse man auch im größeren Stil Ökostrom zukaufen, was man durch langfristige Lieferverträge und Beteiligungen an Windparks im In- und Ausland ermögliche. Der

öffentliche Nahverkehr sei zwar gut ausgebaut, doch müsse er in der stark wachsenden Stadt ständig erweitert werden. Bei der Elektromobilität (Ausbau der Ladestellen, Elektrifizierung der Busflotte) wolle man Vorreiter sein.

Der frühere CSU-Chef und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag Erwin Huber, seine Landtagskollegen Andreas Lotte (SPD) und Johann Häusler (Freie Wähler) debattierten mit der Geografin, Regional- und Stadtplanerin Silke Franz über die Verantwortung der Politik. Die Verdrängungseffekte der Ballungsräume bedauerte Andreas Lotte und stellte fest, dass „jede neu gebaute Wohnung den gesamten Wohnungsmarkt anhebt“. Erwin Huber sah dies ähnlich, doch biete der Wohnungsmarkt nur eingeschränkte Möglichkeiten: „Wir haben das Prinzip der Freizügigkeit – Menschen gehen Chancen nach.“

Johann Häusler mahnte einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und deren nachhaltige Produktion an. Gesprochen wurde auch über Bürgerbeteiligungen, die ergebnisoffen sein müssten, wie Silke Franz anmerkte. Es sei genug Erfahrung vonseiten der Bürger, der Bauherren und der Politik vorhanden. Man war sich einig: Entscheidend dürfe nicht der durch Infrastruktur erzielte Gewinn sein, sondern das Gemeinwohl. 

*Sebastian Meyer
Wolfgang Quaisser*



Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist dringend nötig.

© MichaelGaida / pixabay

Sozialer Friede in der Einwanderungsgesellschaft

Die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre. Viele Faktoren spielen für den Erhalt des sozialen Friedens in einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft eine Rolle. An der Tagung* nahmen Praktiker der Integrationsarbeit von öffentlichen Stellen und von freien Trägern der Wohlfahrtspflege teil.

„70 JAHRE Integrationsgeschichte: Was haben wir gelernt?“ war die Frage von Hubertus Schröder vom Institut – Interkulturelle Qualitätsentwicklung München. Dazu gehörten etwa die Anerkennung von Teilhabechancen und der ressourcenorientierte Blick auf Stärken und Fähigkeiten der Zugewanderten. Schröder plädierte dafür, die Integrationsgeschichte in Deutschland als Erfolgsgeschichte offensiv zu vertreten. Die Veränderungen sollten als positive und innovative Leistung der Gesellschaft gesehen werden.

Keine Einbahnstraße

Die Soziologin Annette Treibel von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe zeigte Unterschiede bei der Verwendung des Begriffs Integration auf. Im Alltag würde Integration als Anpassung der Neuankömmlinge an die Alteingesessenen verstanden. Die Sozialwissenschaften hingegen würden Integration als Eingliederung aufgrund verschiedener Dimensionen sehen und den Zusammenhalt in verschiedenen Gruppen und Ge-

sellschaften betrachten. Sie plädierte dafür, Integration als wechselseitigen Prozess und Projekt für alle zu verstehen, sich auszutauschen und zu erinnern, aber auch Nichtverstehen zuzulassen. Die Medienwissenschaftlerin Sabine Schiffer vom Institut für Medienverantwortung in Erlangen warf einen medienanalytischen Blick auf das Bild von Migrantinnen und Migranten in den Medien. Sie befasste sich mit dem Aktualitätssyndrom, aufgrund dessen Berichterstattung über Integration und Migration oft nur nach spektakulären Ereignissen erfolgt. Schiffer bedauerte, dass fundierte Recherchen häufig nicht richtig in den Nachrichten ankämen.

„Wir wollen alle integrieren“, sagte die Dritte Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München Christine Strobl (SPD). Dafür spielten Sprachkurse für alle eine Rolle. Sie betonte mit Blick auf den Wohnungsbau auch die Wichtigkeit von gemischten Quartieren. Die Integrationsbeauftragte der Staatsregierung und CSU-Landtagsabgeordnete Kerstin Schreyer verwies auf das Erstarken der Ränder des politischen Spektrums. Die demokratische Mitte müsse zusammenhalten, damit Integration gelinge, sagte sie. Sorge bereite ihr das Vollbringen der „emotionalen Integration“.

Die Vorsitzende der grünen Stadtratsfraktion in München, Gülseren Demirel, verwies auf die vergleichsweise guten und spezialisierten Infrastrukturen in München. Man habe aus den Erfahrungen der Bürgerkriegs-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien gelernt. Die Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Bezirksverband Oberbayern, Karin Majewski sieht Bedarf für getrennte Unterbringung und Beratung von besonders verfolgten Gruppen. Das seien z. B. homosexuelle Flüchtlinge, die deswegen fliehen mussten und nun in deutschen Unterkünften erneut diskriminiert würden. 

Gero Kellermann



Frauenpodium mit Mann: Gülseren Demirel, Christine Strobl, Gero Kellermann, Kerstin Schreyer und Karin Majewski (von links)
© Meyer (APB)

* In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis interkulturelle Arbeit München (AKIA)

Neuauflagen des Tutzinger Diskurses – zwei Zwischenberichte

Auftakt zur dritten und vierten Runde des Tutzinger Diskurses. Schwerpunkte dieses Mal: Big Data und gelingende Integration.

KOMPLEXE SOZIALE PROBLEME kennen keine einfachen und kurzsichtigen Lösungen. Gelegenheit zur besonnenen gesamtgesellschaftlichen Diskussion und mündiger demokratischer Gestaltung gibt es indes selten. Schließlich braucht es Orte, wo unterschiedliche Perspektiven und Expertisen in einen freien Austausch treten, Konfliktlinien überwunden und neue Lösungsansätze entwickelt werden können. Die Akademie für Politische Bildung ist ein solcher Ort – hier hat sich mit dem von Michael Spieker initiierten Tutzinger Diskurs mittlerweile ein Diskussionsformat fest etabliert, in dem aktuell sogar zwei gesellschaftspolitische Herausforderungen in den Blick genommen werden.



© GERALT / PIXABAY

Big Data im Diskurs (BDiD)

In dem seit Oktober 2017 laufenden und für zwei Jahre vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt „Big Data im Diskurs“ wird am Beispiel der „Self Tracking“- und „Life Logging“-Apps der Umgang mit Gesundheitsdaten diskutiert. Der Diskurs steht unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden des Deutschen Ethikrats Peter Dabrock, an der Akademie sind Ludwig Krüger und Jana Funk für das Projekt zuständig. Während im zweiten Jahr der Frage nachgegangen werden soll, wie junge Menschen für einen kritischen und reflektierten Umgang mit der neuen Technologie sensibilisiert werden können und dabei auch didaktische Methoden entwickelt und erprobt werden sollen, arbeitet die Diskursgruppe gerade ein gemeinsames

policy paper, das Möglichkeiten und Bedarfe der Regulierung identifizieren und das am Ende dieses Jahres in der kroatischen Hauptstadt Zagreb im internationalen Rahmen zur Diskussion gestellt werden soll.

Vier Schwerpunkte

Die 16 Expertinnen und Experten aus der Informationstechnologie, Rechts- und Sozialwissenschaften, Philosophie und Ethik, Journalismus und Bildung können schon auf zwei intensive Treffen in Tutzing zurückblicken. Während des ersten Workshops im November 2017 gab Andreas Lob-Hüdepohl, Mitglied des Deutschen Ethikrats, mit seinem Vortrag „Autonomie – Privatheit – Solidarität. Ethische Referenzkategorien von Big Data“ einen ersten Einstieg in das Thema. Die Herausforderung für die Diskursgruppe während des ersten Treffens bestand darin, sich auf erste Schwerpunkte für die weitere Arbeit zu verständigen. Eine erste Arbeitsgruppe nahm aktuelle medizinische und technische Entwicklungen und die Dimensionen der Begriffe „Krankheit“ und „Gesundheit“ in den Blick. Da sich in der Diskussion gezeigt hatte, dass der Begriff „Wissen“ viele Facetten hat und beispielsweise das Verhältnis von Daten und Wissen geklärt werden muss, erhielt eine zweite Gruppe den Auftrag, das Problem der unterschiedlichen Wissenstypen für die gesamte Gruppe aufzubereiten. Die dritte Gruppe sollte sich den unterschiedlichen Menschenbildern widmen, die den Debatten oft unausgesprochen zugrunde liegen und der Frage nachgehen, welche Ethikverständnisse und normative Ziele in den Debatten anzutreffen sind. Eine vierte Gruppe sollte Schwierigkeiten identifizieren, die es aktuell aus juristischer Perspektive, sowohl national wie international, zu klären gilt.



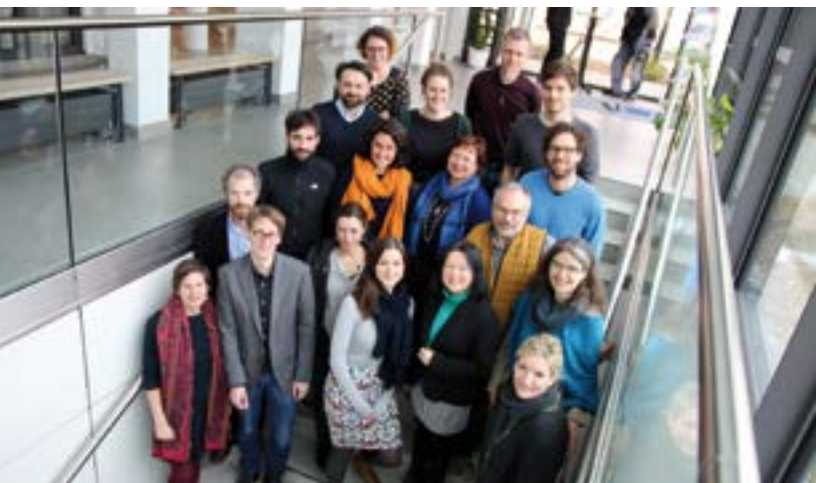
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppe „Big Data im Diskurs“
© Archiv (APB)

Es stellte sich heraus, dass nahezu alle Daten gesundheitsrelevant sein können und auch, dass es bei all den unterschiedlichen Perspektiven keine entgegengesetzten Lager von „Big Data-Skeptikern“ und „Technikoptimisten“ in dieser Gruppe gibt, sondern nur den ernsthaften Willen auf allen „Seiten“, die Risiken und Chancen gleichermaßen im Blick zu behalten. Die Gruppe konnte sich während des zweiten Workshops zum Jahresbeginn 2018 schon auf die Ausrichtung des policy papers einigen: Im Mittelpunkt wird die Kompetenzentwicklung stehen. In den Diskussionen hatte sich gezeigt, dass hierbei der Kompetenzbegriff zu klären ist und dass bis zum dritten Workshop im März weitere Schwerpunkte angegangen werden müssen. Wiederum bildeten sich Arbeitsgruppen, dieses Mal in neuer Zusammensetzung: Neben einer Arbeitsgruppe zum Kompetenzbegriff wird eine zweite unterschiedliche Machtstrukturen analysieren, die sich durch Big Data im Gesundheitswesen ergeben. Eine dritte Gruppe wird zu Datendiebstahl und Missbrauchsmöglichkeiten arbeiten und eine vierte zu Einwilligungsmodellen (opt in / opt out) beim Umgang mit und Bereitstellen von persönlichen gesundheitsrelevanten Daten. Außerdem wird es einen Beitrag zur Einstellung von Jugendlichen zum Thema Big Data und zum Umgang mit der Technik geben.

Zum Konzept dieses Diskurses gehört auch, dieses gesellschaftlich relevante Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Deshalb wird die Akademie im Rahmen dieses Tutzinger Diskurses gemeinsam mit dem Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) im Sommer eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in München ausrichten.

Wege der Integration (WdI)

Der erste Workshop des vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration geförderten Diskurses „Wege der Integration“



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppe „Wege der Integration“

fand im Januar in Tutzing statt. 14 Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen der Wissenschaft und Praxis fanden sich zusammen und diskutierten über Voraussetzungen gelingender Integration. Sie fragten nach der genaueren Bestimmung



© GERALT / PIXABAY

des Integrationsbegriffs, nach Konzepten von Identität und offener Gesellschaft, nach Formen eines guten Zusammenlebens, nach rechtlichen Aspekten von Integration oder danach, durch welche strukturellen Maßnahmen Teilhabe in den Bereichen Ausbildung und Wohnen konkret ermöglicht werden kann.

Lebendiger und produktiver Austausch

Wie kann Integration von der gesamten Gesellschaft als Bereicherung verstanden werden? Wie kann eine schnellere und bessere Integration in den Arbeitsmarkt gelingen? Die vielfältigen persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden, die diese aus ihren jeweiligen Arbeitsfeldern und z.T. auch durch eigene Migrationserfahrungen einbrachten, verbanden sich hierbei zu einem lebendigen und produktiven Ideenaustausch. Zur Vertiefung des Themas ergänzte der Religionswissenschaftler Bernhard Uhde diese Fragen um eine geistesgeschichtliche Perspektive auf die vielbenutzten Begriffe „Werte“ und „Integration“. Auch hier wird in Arbeitsgruppen die weitere Arbeit angegangen um Ende des Jahres eine Ideensammlung zu Wegen der gelingenden Integration vorlegen zu können. Geplant sind insgesamt drei weitere Workshops in Tutzing sowie einer in Brüssel, durch den der Diskurs zugleich eine europäische Dimension bekommen wird. Die Abschlussveranstaltung wird im November 2018 in München stattfinden. Begleitet wird der Diskurs zudem durch die Berichterstattung von zwei Nachwuchsjournalist/innen, die durch eine innovative mediale Aufbereitung das Thema auch für breitere Kreise erschließen. Zuständig für das Projekt sind Christian Hofmann und Juliane Schwab. 

Ludwig Krüger
Christian Hofmann



Weitere Informationen

www.tutzinger-diskurs.de

Philosophie vor Ort in Kampanien

ANTIKE TEXTE am Ort ihrer Entstehung zu studieren, ihre bleibende Aktualität zu erkunden und im Zusammenhang mit der heutigen sozialen Realität vor Ort zu befragen, das ist das Konzept unserer Reihe „Philosophie vor Ort“. Erstmals fand dieses Seminar nun in Kampanien statt, das die Römer einst „felix campania“ taufte wegen seiner Fruchtbarkeit und seines natürlichen Reichtums. Diese Schönheit prägte auch die Studienreise*.

Schon vor der römischen Herrschaft bildete Kampanien einen Teil „Großgriechenlands“, denn seit dem sechsten Jahrhundert vor Christus wurde es von griechischen Kolonisten besiedelt. Diese gründeten auch die Stadt Elea, heute rund zwei Fahrstunden südlich von Neapel gelegen. Ganz in der Nähe der Ausgrabungen, inmitten eines alten Olivenhains, stand der alte Gutshof, dessen Ruhe den richtigen Rahmen für das Studium der schwierigen Texte bildete. In Elea wirkte im fünften Jahrhundert v. Chr. Parmenides und begründete mit seiner philosophischen Lehre die Schule der Eleaten. Sein Lehrgedicht über das wahrhafte Sein ist bis in die Moderne hin immer wieder zum Anstoß philosophischen Fragens geworden.

Das Seminar näherte sich ihm nicht aus dem – von Heidegger so benannten – „Gedankenlosen“, sondern in einer Vergewisserung der Grundgedanken frühgriechischer Dichtung und Philosophie: Woher erlangt der Mensch eigentlich die Legitimation zu seiner Rede über sich und die Welt? Kann er dabei die Klarheit eines sicheren Wissens beanspruchen oder muss er sich bescheiden, weil er sich nur im Trüben und Undeutlichen bewegt? Diese Fragen sind schon bei Homer und Hesiod zu vernehmen. So, wenn Hesiod in der Theogonie das Wirken des Dichters mit dem des Richters und Königs vergleicht. Diese schaffen Frieden durch die Stiftung von Gerechtigkeit und so soll auch der Dichter das „welke Herz“ mit seinem Gesang beruhigen und erfrischen. Sieht sich die Dichtung noch durch eine Gabe der Musen legitimiert, so kritisiert die Philosophie die Eingebungen der Musen. Grundsätzlich fehle es dem menschlichen Erkennen an Deutlichkeit, jegliche Kenntnis von Einzelheiten – so Xenophanes von Kolophon – bleibe ihm prinzipiell versperrt. Nur doxa (gr. „Meinung“) könne der Mensch vortragen.

Parmenides macht in seinem Gedicht eine vermeintlich einfache Einsicht deutlich: Es gibt einen klaren Unterschied zwischen Wahrheit und Unwahrheit. Deren Unterscheidung ist so grundlegend, dass sie

nicht noch einmal von einer anderen Autorität begründet werden muss, sondern gleichsam in sich selbst deutlich wird. Wer den Unterschied von Wahrheit und Unwahrheit leugnet, der bestätigt damit nur die Geltung der Unterscheidung von wahr und unwahr.

Politik und Rhetorik

Die politische Bedeutung dieses Unterschieds tritt nicht erst durch die Thematisierung von Fake-News und „alternativen Fakten“ auf, sie steht auch am Beginn der Rhetorik, der mit dem Schaffen des Gorgias datiert werden kann. Ist nicht mehr feststellbar, was wahr und unwahr ist, dann geht es nur mehr um die Erschaffung von Stimmungen durch kunstvoll gebrauchte Sprache. Sie kann die Menschen zum Weinen bringen und Zuversicht vermitteln. Zu welchem Zwecke sie das macht, kann nur noch vom Einzelnen bestimmt werden.

An den Ausgrabungen von Velia und Paestum widmete sich das Seminar der Rolle der antiken Religion und insbesondere der bedeutenden und zugleich schwer fassbaren Göttin Hera, deren antike Repräsentationen zum Vorbild christlicher Mariendarstellungen wurden. Auch die Bedeutung des Reisens selbst wurde dabei thematisiert, sind doch Paestum, ebenso wie der Vesuv und Neapel, stets wichtige Stationen der Grand Tour, der Bildungsreise der jungen Adelssöhne seit der Renaissance, gewesen.



© PRIVAT

Arbeiten gegen die Mafia

Im dicht besiedelten, lauten Neapel widmete sich das Seminar schließlich der süditalienischen Gegenwart. Die Organisation L'Altra Napoli hat es sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen zu motivieren, in selbstverwalteten Initiativen unternehmerisch tätig zu werden. So kümmern sich seit einigen Jahren junge Leute aus dem Stadtteil Sanita um die touristische Erschließung der weitläufigen Katakomben. Ein Geistlicher hatte sie dazu angeleitet und ihnen Perspektiven über den Stadtteil hinaus eröffnet – nicht zuletzt, um die Jugend vor dem Abrutschen in die organisierte Kriminalität zu schützen. Von der mittlerweile sechststellige Besucherzahl profitieren auch lokale Geschäfte, über 30 Angestellte hat die Initiative nach sechs Jahren und unterstützt inzwischen mit ihren Gewinnen zahlreiche weitere Sozialprojekte im Stadtteil.

Michael Spieker

* Das Seminar war eine Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München. Es referierten Friedrich Uehlein, Peter Schmidbauer, Jochen Trux und Michael Spieker.

Film mit Zeitzeugengespräch

Heldentod – der Tunnel und die Lüge

Die Akademie war zum ersten Mal Partner der Deutsch-Deutschen Filmtage in Hof und Plauen.

IM OKTOBER 1964 gelangten 57 Ost-Berliner durch einen Tunnel nach West-Berlin. Es ist die größte Massenflucht in der Geschichte der Mauer, aber sie findet ein tragisches Ende. Es ist die Geschichte des Grenzsoldaten Egon Schultz und einer Lüge im Kalten Krieg.

Als DDR-Grenzsoldaten in der Nacht zum 4. Oktober 1964 die Flucht entdecken, fallen Schüsse. Dennoch erreichen die Flüchtlinge und ihre Helfer unverletzt West-Berlin. Tot ist aber ein Grenzsoldat: der 21 Jahre alte Unteroffizier Egon Schultz. „Westberliner Frontstadtbanditen“ hätten ihn „meuchlings ermordet“, hieß es in der DDR-Propaganda. Egon Schultz wurde zum Volkshelden. Über 100 Schulen, Straßen und Kinderheime trugen seinen Namen. Mehr als zehn Jahre nach der deutschen Einheit fanden sich in der Gauck-Behörde Dokumente, die belegen, dass alles ganz anders war: Der tödliche Schuss kam aus

Im gezeigten Dokumentarfilm aus dem Jahr 2001 von Britta Wauer, äußern sich die Fluchthelfer erstmals öffentlich. Im Film sind Originalaufnahmen der Flucht zu sehen, die von Kameramann Thomas Mauch gedreht wurden. Später wurde er berühmt mit „Fitzcaraldo“ von Werner Herzog. Wauers Film erhielt u. a. den Deutschen Fernsehpreis.

Nach der Vorführung unterhielt sich Michael Schröder mit dem Zeitzeugen, dem Fluchthelfer und Tunnelbauer Joachim Neumann (78). Er sprach über sein Studium in der DDR und seinen Entschluss zur Flucht nach dem Mauerbau 1961. Er floh mit einem Schweizer Pass. Zurück ließ er seine Freundin, seine Eltern und seine Schwester. In West-Berlin schloss er sich einer Gruppe von Fluchthelfern an, die Tunnel unter der Mauer hindurch gruben. Als Tiefbau-Student kannte er sich aus und konnte beim Bau helfen. An sechs Tunneln war er beteiligt, vier davon waren erfolgreich. Der „Tunnel 57“ unter der Bernauer Straße war etwa 150 Meter lang. Neumann gelang es, sowohl Schwester und Freundin – seine spätere Ehefrau – in den Westen zu holen. Seine Eltern konnten 1967 als Rentner in die Bundesrepublik ausreisen.



Veranstalter Jürgen Stader (Mitte) überreichte „Hofer Filmrollen“ an Interviewer Michael Schröder und den Tunnelbauer und Fluchthelfer Joachim Neumann (rechts).

© privat

der Kalaschnikow eines DDR-Grenzsoldaten. Der vermeintliche Todesschütze hatte Schultz nur an der Schulter getroffen. Er starb 1992, ohne die Wahrheit zu erfahren. Der Obduktionsbericht blieb bis 1990 in der DDR unter Verschluss.

Ironie der Geschichte: Nach seinem Studium war Neumann als Tiefbau-Ingenieur an großen Tunnelbauprojekten beteiligt, unter anderem beim Berliner Tiergartentunnel und dem Tunnel unter dem Ärmelkanal.

Michael Schröder



Vor 20 Jahren

Ambivalentes Verhältnis Senat durch Volksentscheid abgeschafft

VOR 20 JAHREN, im Februar 1998, waren Bayerns Wählerinnen und Wähler per Volksentscheid dazu aufgerufen, über verschiedene Parlaments- und Verfassungsreformen abzustimmen sowie über die Zukunft des Bayerischen Senats zu entscheiden. Der Senat bildete seit 1946 eine eigenständige Schöpfung der Bayerischen Verfassung, die weder in den übrigen Ländern noch im Bund eine Entsprechung fand. Zehn Tage vor den Referenden hatte die Akademie im Künstlerhaus am Münchner Lenbachplatz die zur Wahl stehenden „Alternativen auf den Prüfstand“ gestellt.

Akademie klärt auf

Viele Stimmberechtigte waren zu diesem Zeitpunkt noch unentschieden und fühlten sich schlecht informiert. Deshalb veranstaltete die Akademie eine öffentliche Diskussion, in der die insgesamt drei verfassungsändernden Abstimmungen näher beleuchtet wurden. Unter der Leitung von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter beteiligten sich an der kontroversen Aussprache: Manfred Weiß, MdL (CSU), Klaus Hahnzog, MdL (SPD), Sophie Rieger, MdL (Bündnis 90/Die Grünen), der SZ-Redakteur Herbert Riehl-Heyse, der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer sowie der Staatsrechtler Hans W. Zacher. Der pointierten Auffassung von Sontheimer, wonach „der Senat nichts taugt!“, schloss sich beim Volksentscheid am 8. Februar 1998 die Mehrheit (69,2 Prozent) der an der Abstimmung teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger an und strich den Bayerischen Senat aus der Verfassung. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,9 Prozent. Ein Quorum gab es nicht. So bestimmten ganze 27,3 Prozent der Wahlberechtigten über das Ende dieser einzigartigen „Zweiten Kammer“.

Für den von der CSU getragenen Gegenentwurf des Landtags, der eine veränderte Zusammensetzung des Senats vorsah, stimmten 23,6 Prozent. Am 1. Januar 2000 trat das Gesetz zur Abschaffung des Senats in Kraft. Mit dem Volksentscheid wurde gleichzeitig bestimmt, dass der Landtag künftig alle fünf statt bisher vier Jahre gewählt wird, das Landesparlament und die Staatsregierung wurden verkleinert.

50 Jahre Bayerische Verfassung

Anlässlich des 50-jährigen Verfassungsjubiläums im Dezember 1996 war man sich auf einer Tutzinger Tagung in einer hochkarätig besetzten Spitzenrunde aus bayerischen Landespolitikern (Landtagspräsident Johann Böhm, die Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Manfred Fleischer (Bündnis 90/Die Grünen), Alois Glück (CSU) und Renate Schmidt (SPD) sowie die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)) noch weitgehend darin einig, dass die Bayerische Verfassung nicht leichtfertig dem Zeitgeist geopfert, sondern allenfalls moderat reformiert werden sollte.

Die Beziehungen zwischen der Akademie und dem Senat waren von Beginn an durch eine gewisse Ambivalenz gekennzeichnet. Das zeigte sich bereits im Zuge der parlamentarischen Beratungen des Akademiegesetzes: Nachdem der Gesetzentwurf vom Landtag mit den Stimmen der „Viererkalition“ aus SPD, Bayernpartei, Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten und FDP gegen die Stimmen der CSU beschlossen worden war, befasste sich der Senat mit der Vorlage. Dabei wurden 12 Einwendungen erhoben. Es gab also zunächst Vorbehalte gegen die neu zu gründende Akademie.

Nichtsdestotrotz waren Senatorinnen und Senatoren immer prominent in den Gremien der Akademie vertreten. Sie haben im Laufe der Jahrzehnte die Akademiearbeit vielfältig bereichert und befruchtet.

Steffen H. Elsner



Flugblatt zu den Volksentscheiden über Verfassungsänderungen am 8. Februar 1998

© Archiv (APB)

Verfassungsmedaille für Ursula Münch

DER BAYERISCHE LANDTAG hat Akademiedirektorin Prof. Ursula Münch mit der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet. Das Parlament ehrt damit seit 1961 Bürgerinnen und Bürger, die in herausragender Weise zum Zusammenhalt der Menschen in Bayern beitragen, sich aktiv für die Werte der Bayerischen Verfassung einsetzen und diese mit Leben erfüllen.



Verfassungsmedaille in Silber

Sie gehört zu den staatlichen Auszeichnungen, die im Freistaat Bayern am seltensten – also noch seltener als der Bayerische Verdienstorden – verliehen werden. Die Auszeichnung ist 2011 in den Rang eines Ordens gehoben worden.



MS



Landtagspräsidentin Barbara Stamm (rechts) überreichte Akademiedirektorin Prof. Dr. Ursula Münch die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber im Senatssaal des Maximilianeums.

© Bildarchiv Bayerischer Landtag (Rolf Poss)

Kooperationsvertrag für Lehrkräftefortbildung unterzeichnet

DIE DIREKTORIN der Akademie für Politische Bildung, Prof. Dr. Ursula Münch (sitzend links), und der Direktor der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen, Dr. Christoph Henzler (sitzend rechts), haben einen Vertrag über die künftige Kooperation unterzeichnet. Beide betonten, dass damit keineswegs die jahrzehntelange Tradition der Zusammenarbeit beider Akademien neu erfunden werde. Vielmehr ginge es darum, die erfolgreiche Arbeit in die Zukunft fortzuschreiben und sie auf eine geregelte Basis zu stellen. Sie bedankten sich bei den Kooperationsbeauftragten der Akademien, Sabine Wintermantel (stehend rechts) und Dr. Michael Schröder, für die Vorarbeiten am Vertrag und die reibungslose Koordination der gemeinsamen Programme.



MS



© SCHMID (APB)

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Internationale Politik



Florian Böller,
Steffen Hagemann
Anja Opitz
Jürgen Wilzewski (Hrsg.)

Die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft
Externe und interne Herausforderungen

Tutzingen Studien zur
Politik, Band 10

Nomos, Baden-Baden 2017

ISBN: 978-3-8487-4476-3,
eISBN: 978-3-8452-8721-8,
349 Seiten, 64,00 Euro

Die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft

Externe und interne Herausforderungen

TROTZ ZAHLREICHER KONFLIKTE insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich die transatlantische Gemeinschaft als robust und anpassungsfähig gegenüber neuen Sicherheitslagen, externen Bedrohungen und internen Herausforderungen erwiesen. Immer wieder ist es den Partnern gelungen, Krisen zu bearbeiten und zu bewältigen. Die Sicherheitsgemeinschaft verfügt, so die grundlegende These des Bandes, über gemeinsame Normen und Institutionen, die dabei helfen, die notwendigerweise auftretenden Konflikte konstruktiv bearbeiten zu können. Die Weiterentwicklung von Normen wie auch die Stärkung institutioneller Ressourcen zeugen von einem kontinuierlichen Wandel, der jedoch stets neu herausgefordert wird – nicht zuletzt in der Ära Trump. Die Beiträge des Bandes liefern vor diesem Hintergrund durchaus unterschiedliche Befunde über die Grundlagen und Handlungsfähigkeit der transatlantischen Sicherheits-, Werte- und Wohlfahrtsgemeinschaft.

Mit Beiträgen von Dr. Florian Böller, Dr. Tobias Bunde, Prof. Dr. Andreas Falke, Dr. Gerlinde Groitl, Dr. Steffen Hagemann, Lukas D. Herr, Dr. Sebastian Mayer, Marcus Müller, Dr. Christian Nünlist, Prof. Dr. Bernhard Stahl, Dr. Sonja Thielges, Prof. Dr. Welf Werner, Prof. Dr. Jürgen Wilzewski.

Medienethik



Marlis Prinzing
Nina Köberer
Michael Schröder (Hrsg.)

Migration, Integration, Inklusion

Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft

Kommunikations- und
Medienethik (hrsg. von
Alexander Filipović,
Christian Schicha und
Ingrid Stapf), Band 8

Nomos, Baden-Baden 2018

ISBN: 978-3-8487-4304-9,
276 Seiten, 64,00 Euro

Migration, Integration, Inklusion

Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft

JOURNALISMUS mit hoher Qualität bildet möglichst alle Akteure einer Gesellschaft ab und öffnet ihnen ein Forum. Ein solcher Journalismus sieht in sozialen Funktionen und damit auch in der gesellschaftlichen Integration und Inklusion eine seiner Kernaufgaben.

In einer demokratischen Gesellschaft haben Medien den Auftrag, zum sozialen Zusammenhalt beizutragen – und zwar öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten ebenso wie privat-kommerzielle Medien. Alle sind aufgefordert, zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu vermitteln. Die Bewältigung solcher Aufgaben war immer schon eine große und ethisch sehr bedeutsame Herausforderung für die Medien. Unter den Bedingungen des digitalen Wandels der Medienlandschaft und in der aktuellen Situation der Zuwanderung ist sie noch gewachsen. Wissenschaftler und journalistische Praktiker reflektieren die Möglichkeiten und Grenzen, gesellschaftliche Integration zu rahmen und zu unterstützen.

Mit Beiträgen u. a.: Prof. Dr. Bernhard Debatin, Prof. Dr. Alexander Filipović, Prof. Dr. Michael Haller, Rieke Havertz, Volker Herres, Steffen Jenter, Prof. Dr. Larissa Krainer, Prof. Dr. Marlis Prinzing.

Jahresbibliografien 2017

Prof. Dr. Ursula Münch ■

Herausgeberschaft

Mobilisierung der Demokratie. 60 Jahre Akademie für Politische Bildung (zus. mit Jörg Siegmund), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2017.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Föderale Aspekte bundesdeutscher Flüchtlingspolitik, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF) (Hg.), Jahrbuch des Föderalismus, Bd. 18 (2017), Baden-Baden (Nomos) 2017, S. 252–264.

Fremd in der Karibik. Die möglichen Koalitionäre müssen erhebliche Differenzen ihrer Wählerschaften überbrücken, in: Das Parlament, 67. Jg. (2017), Nr. 44–45, S. 1.

Politische Bildung im 21. Jahrhundert, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 16–25.

Politische Bildung in Zeiten von Populismus und digitalen Medien, in: Zur Debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern, 38. Jg. (2017), Heft 5, S. 19–22.

Demokratie-Erziehung – oder von der Relevanz von Klassensprecherwahlen, in: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (Hg.), Praxisheft „W wie Werteerziehung“, München (Domino) 2017, S. 8–11.

Steffen H. Elsner ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Mobilisierung der Demokratie. Eine 50 Jahre alte Forderung unseres Mitbegründers Waldeemar von Knoeringen – aktueller denn je!, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 26–33.

Kurzchronik der Akademie (1957–2017). Wegmarken, Impressionen und exemplarische Ereignisse aus sechs Jahrzehnten, ebd., S. 122–137.



>> Steffen H. Elsner

Schatzkammern des Wissens und der Erkenntnis. Die Arbeitsbereiche „Archiv, Bibliothek und Dokumentation“ innerhalb der Akademie, ebd., S. 154–158.

Haus Buchensee im Wandel der Zeit. Von der Sommervilla zur modernen Bildungsstätte, ebd., S. 159–167.

Dr. Moritz Fink ■

Herausgeberschaft

Culture Jamming. Activism and the Art of Cultural Resistance (zus. mit Marilyn DeLaure), New York (New York University Press) 2017.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Introduction (zus. mit Marilyn DeLaure), in: Marilyn DeLaure / Moritz Fink (Hg.), Culture Jamming, a.a.O., S. 1–35.

Culture Jamming in Prime Time. The Simpsons and the Tradition of Corporate Satire, ebd., S. 254–279.

Tiefgang am See

>> Dr. Moritz Fink

An Eyepatch of Courage. Battle-Scarred Amazon Warriors in the Movies of Robert Rodriguez and Quentin Tarantino, in: Sophia Siddique / Raphael Raphael (Hg.), Transnational Horror Cinema. Bodies of Excess and the Global Grotesque, London (Palgrave Macmillan) 2016, S. 133–158.

Why America Fought. Post-Postmodernism in Amazon's The Man in the High Castle, in: Spiel. Eine Zeitschrift zur Medienkultur, N.F., 2. Jg. (2/2016), S. 127–146.

Sonstiges

„Every Second Counts“. Postmoderne Propaganda und kreativer Protest im Zeitalter des Donald Trump (= Akademie-Kurzanalyse 1/2017), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2017, 10 Seiten (URL: www.apb-tutzing.de/download/publikationen/kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse_2017_01.pdf).

Dr. Saskia Hieber ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Chinas globaler Gestaltungsanspruch, in: Florian Hahn (Hg.), Sicherheit für Generationen. Herausforderungen der neuen Weltordnung, Berlin (Duncker & Humblot), 2017, S. 31–36.

Die Marginalisierung des Westens. Asian und der Aufstieg Chinas, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 53–59.

Dr. Andreas Kalina ■

Herausgeberschaft

Multilateralismus und Regionalismus in der EU-Handelspolitik (zus. mit Gabriel Felbermayr, Daniel Göler und Christoph Herrmann), Baden-Baden (Nomos) 2017.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Am Ende der europäischen Einigungsgeschichte? Die Europäische Union im Demokratiedilemma, in: Polis, 21. Jg. (2/2017), S. 7–10.

>> Dr. Andreas Kalina

Donald, Don und die Demokratie. Gegenwärtige Herausforderungen in den Bereichen „Politischer und gesellschaftlicher Wandel“ und „Europäische Integration“, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 36–45.

Dr. Gero Kellermann ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Rechtlicher Rahmen und Entwicklungen der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, in: Journal of Constitutional Law (hrsg. von Constitutional Academic & Professional Association, Seoul), Nr. 3/2017, S. 153–158 (Übersetzung ins Koreanische, ebd., S. 159–162).

Recht und Realität: Normative Grundlagen der Politik, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 74–79.

Dr. Michael Mayer ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Heiliger Krieg im Kampf gegen das Zarenreich? Die deutschen Geheimdienstoperationen im Kaukasus, Persien und Afghanistan während des Ersten Weltkrieges, in: Sergej Kretinin (Hg.), Deutschland und Russland. Ereignisse, Gestalten, Leute. Beiträge zu russisch-deutschen Untersuchungen, Voronezh (Istoki-Verlag) 2016, S. 33–41.



>> Dr. Michael Mayer

Ein Gespenst geht um in Westeuropa – das Gespenst des Eurokommunismus. Die Bundesrepublik, die DDR und die mögliche Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien in den siebziger Jahren, in: Tilman Mayer / Julia Reuschenbach (Hg.), 1917. 100 Jahre Oktoberrevolution und ihre Fernwirkungen auf Deutschland, Baden-Baden (Nomos) 2017, S. 117–131.

Die Vergangenheit bleibt unvorhersehbar. Zeitläufte und politisch-historische Debatten, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 95–101.

Dr. Anja Opitz ■

Herausgeberschaft

Die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft. Externe und interne Herausforderungen (zus. mit Florian Böller, Steffen Hagemann und Jürgen Wilzewski), Baden-Baden (Nomos) 2017.

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Globale Konfliktbewältigung und multilateral agierende Partner, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 10. Jg. (1/2017), S. 105–109. Multipolarität und dysfunktionale Akteure, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 46–52.

Dr. Thomas Schölderle ■

Monografie

Geschichte der Utopie. Eine Einführung, 2. überarb. und akt. Aufl., Köln / Weimar / Wien (Böhlau) 2017.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Paradies oder Utopie? Der Vergleich, in: Avenue – das Magazin für Wissenskultur, Nr. 4/2017: Paradiese. Die Vermessung der Sehnsucht: Von Gärten, Utopien und dem Jenseits, S. 58–64.

Von Reihen, Schriften und Schriftenreihen. Ein Streifzug durch das wissenschaftliche Publikationswesen der Akademie, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 147–153.

>> Dr. Thomas Schölderle

Thomas Morus und die Herausgeber – Wer schuf den Utopiebegriff?, in: Alexander Amberger / Thomas Möbius (Hg.), Auf Utopias Spuren. Utopie und Utopieforschung. Festschrift für Richard Saage zum 75. Geburtstag, Wiesbaden (Springer VS) 2017, S. 17–44.

Dr. Michael Schröder ■

Monografie

„In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen!“ Vom BGB zum DGB: Der Wiederaufbau der bayerischen Gewerkschaften nach 1945, München (DGB) 2017.



Herausgeberschaft

Big Data – In den Fängen der Datenkraken. Die (un-)heimliche Macht der Algorithmen (zus. mit Axel Schwanebeck), Baden-Baden (Nomos) 2017.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Regieren in der Twitter-Demokratie oder: Trolle an der Macht, in: Michael Schröder / Axel Schwanebeck (Hg.), Big Data – In den Fängen der Datenkraken, a.a.O., S. 71–83.

Politische Bildung für die digitale Mediengesellschaft, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 80–87.

Von Null auf Hundert. Die Öffentlichkeitsarbeit der Akademie (zus. mit Sebastian Haas), ebd., S. 142–146.

Dr. Manfred Schwarzmeier ■

Beiträge in Sammelbänden oder
Fachzeitschriften

Belagerte Demokratie? Multiperspektivische Blickwinkel auf die (deutsche) Politik, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 60–66.

Unterwegs auf hohem Niveau. Die Akademiearbeit in Zahlen, ebd., S. 138–141.

Jörg Siegmund ■

Herausgeberschaft

Mobilisierung der Demokratie. 60 Jahre Akademie für Politische Bildung (zus. mit Ursula Münch), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2017.

Beitrag in Sammelbänden oder
Fachzeitschriften

Ein breites Politikverständnis: Bewährtes pflegen, Neues wagen, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 67–73.

Dr. Michael Spieker ■

Herausgeberschaften

Gute Wissenschaft. Theorie, Ethik und Politik (zus. mit Arne Manzeschke), Baden-Baden (Nomos) 2017.

Bildungsphilosophie. Disziplin – Gegenstandsbereich – Politische Bedeutung (zus. mit Krassimir Stojanov), Baden-Baden (Nomos) 2017.

>> Dr. Michael Spieker

Beiträge in Sammelbänden oder
Fachzeitschriften

Recht und Sozialrecht zwischen Kant und Hegel, in: Hector Ferreiro / Thomas S. Hoffmann (Hg.), Metaphysik – Metaphysikkritik – Neubegründung der Erkenntnis: Der Ertrag der Denkbewegung von Kant bis Hegel, Berlin (Duncker & Humblot) 2017, S. 181–192.

Paideia und Trophe in Platons Nomoi, in: Manuel Knoll / Francisco L. Lisi (Hg.), Platons Nomoi. Die politische Herrschaft von Vernunft und Gesetz, Baden-Baden (Nomos) 2017, S. 181–201.

Platons frühe Bildungsphilosophie. Überlegungen zu Platons Dialog Laches, in: Michael Spieker / Krassimir Stojanov (Hg.), Bildungsphilosophie, a.a.O., S. 131–144.

Philosophie an der Akademie, in: Ursula Münch / Jörg Siegmund (Hg.), Mobilisierung der Demokratie, a.a.O., S. 102–107.



Tiefgang am See



Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

© ARCHIV (APB)

MÄRZ 2018

März	Das Phänomen Populismus	9-3
2. – 4.	Politik und Öffentlichkeit in einer „postfaktischen“ Ära	
Leitung:	Andreas Kalina	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
März	Tutzing Journalistenakademie	9-4
2. – 4.	Beste Freunde: Radionachrichten und Internet	
	Workshop in Zusammenarbeit mit der ARD.ZDF medienakademie und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	
Leitung:	Michael Schröder / Tobias Geißner / Marion Brandau	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
	Außenveranstaltung beim RBB in Berlin.	
	Achtung: erhöhte Tagungsgebühr!	
	Anmeldung über die ARD.ZDF medienakademie	
März	Tutzing Schülerforum	*10-6
7. – 9.	Als die Bilder lügen lernten: Propaganda im Film	
Leitung:	Michael Mayer	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
März	Die Zukunft der Hochschulen für angewandte Wissenschaften	10-5
9. – 10.	Lehre, Forschung, Third Mission	
	In Kooperation mit dem Verband der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern e.V. (vhb)	
Leitung:	Michael Spieker / Ilse Bartke	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
März	Bildungsgerechtigkeit	11-3
13. – 15.	Philosophische Perspektiven	
	In Kooperation mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt	
Leitung:	Michael Spieker / Krassimir Stojanov	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	Außenveranstaltung in Eichstätt	
März	11. Forum: Menschenwürdige Wirtschaftsordnung	11-2
16. – 17.	Ethik und Wettbewerbsfähigkeit in der digitalen Welt	
	In Zusammenarbeit mit dem Peter Löscher-Stiftungslehrstuhl für Wirtschaftsethik der TU München	
Leitung:	Wolfgang Quaisser / Christoph Lütge	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
März	Brennpunkte europäischer Politik	12-3
21. – 23.	Reformideen, Grundwerte, Digitalisierung	
	In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	
Leitung:	Gero Kellermann / Walter Staufer	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
März	International Refugee Research: Evidence for Smart Policy	*12-2
22. – 25.		
Leitung:	Ursula Münch / Michael Mayer	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47

Tiefgang am See

APRIL 2018

- April 13. IB-Nachwuchstagung *16-1
20. – 22. **Sicherheit, Wirtschaft, Gesellschaft**
- Theorien und Problemfelder internationaler Politik
- In Kooperation mit der Sektion Internationale Beziehungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft
- Leitung: Anja Opitz / Berenike Brem / Katharina Emschermann / Sebastian Schindler
- Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

- April 27. – 28. **Bürgernah und entscheidungsstark?!** 17-4
- Landesparlamente im politischen Wettbewerb
- In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF)
- Leitung: Ursula Münch / Rudolf Hrbek / Jörg Siegmund
- Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

- April 28. **Leben Smombies gefährlich?** 17-3
- Chancen und Risiken mobiler Medien
- In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Medienkompetenz (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.
- Leitung: Michael Schröder / Sabine Jörk
- Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58
- Außenveranstaltung in Bayreuth

© A_PEACH / FLICKR / CC-BY2.0
[HTTPS://CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSES/BY/2.0/](https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/)



MAI 2018

- Mai 4. – 5. **Mit Infrastrukturen gegen Fluchtursachen** 18-2
- Kreative Lösungen und aktive Gestaltungen
- In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau
- Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Norbert Gebbeken
- Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

JUNI 2018

- Juni 8. – 9. **Das digitale Chamäleon: Gesellschaft und Technologie im Wandel** 23-2
- In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik
- Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Wolfgang Glock / Carsten Trinitis / Philipp Müller
- Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

- Juni 11. – 13. **■ Internationale Akademie ■** *24-3
- Firm behavior in Central and Eastern Europe: Productivity, innovations and trade**
- Tenth Joint IOS/APB/EACES Summer Academy on Central and Eastern Europe
- In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Osteuropa- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg
- Leitung: Wolfgang Quaisser / Richard Frensch / Oleg Sidorkin
- Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17
- Anmeldung über das IOS Regensburg

- Juni 13. – 15. **Soziale Arbeit – (K)ein Ort der Menschenrechte?** 24-2
- In Kooperation mit der Katholischen Stiftungsfachhochschule München
- Leitung: Michael Spieker / Annette Eberle
- Sekretariat: Heike Schenck Tel. +49 8158 256-46

- Juni 17. – 24. **Summer School: Bioethics in Context** 24-1
- Life, Living Bodies, and the Genes
- In Kooperation mit der FernUniversität in Hagen
- Leitung: Michael Spieker / Thomas S. Hoffmann
- Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

- Juni 23. – 24. **■ Tutzingener Nachwuchsakademie ■** 25-2
- Schulen der Demokratie**
- In Zusammenarbeit mit dem Referat für Lehramt (StuVe LMU) und der Fachschaft Lehrer-TUM
- Leitung: Jörg Siegmund
- Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

- Juni 29. – 30. **Forum Verfassungspolitik** 26-5
- Die Grundrechte in Zeiten der Digitalisierung
- Leitung: Ursula Münch / Hans-Jürgen Papier / Gero Kellermann
- Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch wurde vom Bundespräsidenten auf gemeinsamen Vorschlag der Bundesregierung und der Länder für eine zweite Amtsperiode erneut zum Mitglied des Wissenschaftsrates berufen. Sie sprach in der Reihe „Traumwelten“ der Mediengruppe Landshuter Zeitung/Straubinger Tagblatt zum Thema „Aus der Traum? Zukunft der freiheitlichen Demokratie in Zeiten des Anti-Pluralismus“. Die Direktorin war MitdiskutantIn beim „Telepolis-Salon“ über „Separatismen oder die Sehnsucht, unter sich zu sein“. Bei einer Fachtagung der Gewerkschaft der Polizei in Potsdam sprach sie über „Bundesstaatlichkeit aus Prinzip? Vorzüge und Schwachstellen der föderalen Staatsordnung“. Beim österreichischen Institut für Föderalismus referierte sie in Linz über den deutschen Bildungsföderalismus. Mit den „Mühen der Vielfalt. Der Beitrag der politischen Bildung zur freiheitlich-demokratischen Einwanderungsgesellschaft“ befasste sie sich in einem Vortrag beim „Projekt Dialog FÜR Demokratie“ des Bayerischen Jugendrings und der Eugen-Biser-Stiftung in Nürnberg. An der „Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik“ sprach und diskutierte sie über „Normative Fundamente bürgerschaftlicher Akzeptanz“. Und in ihrem Vortrag bei der auch von ARD-alpha übertragenen Veranstaltung des Bayerischen Landtags „Rolle und Zukunft der Landesparlamente“ ging es um das Thema „Näher dran? Das Vertrauen in die Politik und die Rolle der Landesparlamente“. Bei einer Medientagung von Hanns-Seidel-Stiftung und dem Cartellverband katholischer Studentenverbindungen referierte sie über Ursachen und Lösungsansätze für den „Glaubwürdigkeitsverlust der Eliten und die Entfremdung der Wähler“. Im Rahmen des RISK Jahreskolloquiums an der Universität der Bundeswehr München moderierte sie die Podiumsdiskussion zum Thema „Wie viel Sicherheit verträgt die Gesellschaft?“. Dort lehrte sie im neuen MBA-Studiengang „Public Management“.

Kollegium

Dr. Saskia Hieber hält im Wintersemester eine Lehrveranstaltung „Concepts of Power and Political Structure“ an der Universität Regensburg. Sie erläuterte in einem Expertengespräch mit ARD-alpha die Situation in Nordkorea. Auf einer USA-Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung sprach Saskia Hieber über die Politik asiatisch-pazifischer Großmächte. Für den Deutschen Juristinnenbund (Regionalgruppe Südbayern) analysierte sie die asiatische „Sicherheitspolitik im Spiegel des Nordkoreakonflikts.“

Dr. Andreas Kalina sprach in Tutzing anlässlich des Ökumenischen Forums 2017 zum Thema „Im Niedergang begriffen? Herausforderungen und Zukunft der Europäischen Union“. Im Rahmen einer Delegationsreise nahm er in Brüssel am Dialogprogramm zum Thema „Die EU ohne UK: Konsequenzen und Strategien“ teil. In München referierte Kalina über „Föderalismus und Dezentralisierung in Deutschland“.

Dr. Gero Kellermann wurde erneut in den Vorstand der Europa-Union, Bezirksverband München gewählt.

Dr. Michael Mayer moderierte im Bayerischen Kultusministerium eine Veranstaltung mit Staatsminister Ludwig Spaenle zum Epochenjahr 1917. Er nahm an einem Expertenworkshop der Hanns-Seidel-Stiftung zu Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten in München sowie an einem Wissenschaftlerausaustausch des Holocaust-Museums in Vilnius teil.

Dr. Anja Opitz hielt für ein internationales wissenschaftliches Konsortium einen Vortrag über EU Defence and Global Health Security. Mit Vertretern aus Wissenschaft, Militär, Medizin und zivilen Organisationen gründete sie 2017 die Global Health Security Alliance, mit der sie auf dem World Health Summit ein Panel zu Health and Security abhielt.

Dr. Michael Schröder referierte beim ISB-Dialogforum in München über „Demokratieerziehung in digitalen Medienwelten“.

Jörg Siegmund, M.A., hielt einen Vortrag zum Zustand der deutschen Demokratie im Rahmen der „Woche für Demokratie“ in München.